

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 24 (1910)

251 (26.10.1910)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-531798](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-531798)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und feiertäglichen Festtagen. — Abonnementpreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einschl. Frangirung 75 Pfg., bei Selbstabholung 65 Pfg., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 M., für zwei Monate 1,50 M., monatlich 75 Pfg. einschließlich Postgebühren.

Mit Sonntagsbeilage.

Interests werden die fünfgepaltenen Korpussele oder deren Raum für die Interests in Nürnberg-Weilhelmshaven und Langenrod, sowie der Filialen mit 15 Pfg. für sonstige ausserordentliche Interests mit 20 Pfg. berechnet; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Interests für die laufende Nummer müssen bis 11 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Redaktion und Haupt-Expedition in Bant, Peterstraße 20/22. — Fernsprech-Anschluss Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. Filiale in Heppens: Muenstraße 24. Fernsprecher 530.

24. Jahrgang. Bant, Mittwoch den 26. Oktober 1910. Nr. 251.

Was wollen die Sozialdemokraten?

Eine jede politische Partei wirbt Wähler und wirbt Anhänger. Um diese zu gewinnen, muß die Partei selbstverständlich bekannt geben, was sie erstrebt, deshalb tritt jede Partei mit einem Programm vor die Öffentlichkeit, worin sie ihre Ziele und Absichten mitteilt. Im Laufe der Jahre ändern sich nicht selten die Bestrebungen einer Partei, es treten neue politische Anforderungen an sie heran, und so muß sie denn auch von Zeit zu Zeit ihr Programm ändern. Um nun die alten und neuen Programme derselben Partei von einander zu unterscheiden, muß man sie mit besonderen Namen bezeichnen. Das jetzt geltende Programm der deutschen Sozialdemokratie wird das Erfurter Programm genannt, weil es auf dem Parteitag zu Erfurt im Jahre 1891 in seiner jetzigen Form beschloffen worden ist.

Wer jemals das Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie in Händen gehabt hat (in allen Mitgliedsbüchern der Sozialdemokratischen Partei findet man es gedruckt), der weiß, daß es aus zwei verschiedenen Teilen besteht. Es unterscheidet sich hierdurch schon äußerlich von den andern politischen Parteien, der Aufmerksamkeit wird darauf sein Gewicht legen. Das ist doch wohl nicht zufällig, ob eine Partei das, was sie will, der Welt in einem oder zwei Teilen verkündet — so sollte man meinen. In Wahrheit jedoch bedeckt dieses Verheimlichung einen wesentlichen inneren Unterschied. Jede Partei will etwas erreichen und muß dazu bestimmte Mittel ergreifen, bestimmte Wege einschlagen. Soll die Öffentlichkeit von einer Partei unverhüllt erfahren wie es mit ihr steht, so mußte ihre folgende die Partei erstens das Ziel mitteilen, dem sie zustrebt, und zweitens die Mittel und Wege, womit sie es zu erreichen gedenkt. Nimmt man jedoch das Programm irgend eines bürgerlichen Partei zur Hand, so findet man darin nur einzelne Forderungen: wie das Militärwesen eingerichtet sein soll, wie die Partei es mit der Schule, mit den Steuern halten will, was für ein Wahlrecht sie wünscht usw.; kurzum, wie die Partei sich verhalten will gegenüber den einzelnen Fragen der Tagespolitik. Aber wo sie überhaupt hinauswill, welchem Ziel sie mit all diesen einzelnen Maßnahmen zultreibt, davon steht nichts darin. Die bürgerlichen Parteien geben ihr Endziel nicht bekannt.

Sie sagen, sie hätten das nicht nötig, denn ihr Endziel sei selbstverständlich und jedermann wisse es: sie erstreben einfach das „allgemeine Wohl“, sie drängen nur solche Maßnahmen in Vorschlag, die im „allgemeinen Interesse“ erforderlich seien. In Wahrheit jedoch gibt es gar kein „allgemeines Wohl“. Denn jedes Volk besteht aus einer Anzahl verschiedener Gruppen von Personen, deren Interessen fast immer einander widerstreiten. Eine jede politische Maßnahme, die das Interesse einer andern Gruppe fördert, wird deshalb das Interesse einer andern Gruppe schädigen. Man denke nur an Steuern und Zölle. Wo ist die Steuer, wo ist der Zoll, der nicht dem einen Vorteil, dem andern Schaden brächte? Und genau so ist es mit allen andern politischen Maßnahmen. Unter diesen Umständen vom „allgemeinen Wohl“ zu reden, ist Täuschung. Ganz anders liegen die Dinge in Wirklichkeit. Keine Partei erstrebt das „allgemeine Wohl“, sondern jede ist die Vertreterin irgend einer der vielen Gruppen, aus denen sich das Volk zusammensetzt, und jede hat als Aufgabe und Ziel: die Interessen dieser einen Gruppe durchzusetzen, sie durchzukämpfen gegen die Interessen der andern Gruppen. Das gilt für alle Parteien. Aber die bürgerlichen Parteien wollen es nicht zugeben. Ihnen liegt daran, die Menge in den Glauben zu erhalten, daß sie für das „allgemeine Wohl“ kämpfen. Deshalb verschweigen sie ihr Endziel, und deshalb brauchen sie in ihren Programmen nur einen Teil.

Die Sozialdemokratie allein sagt offen und ehrlich, daß sie nur die Interessen einer Gruppe des Volkes vertritt, nämlich die Interessen der Arbeiterklasse. Die Sozialdemokratie allein gibt ihr Endziel klar und deutlich bekannt, und deshalb muß ihr Programm aus zwei Teilen bestehen: im ersten Teil wird das Endziel angegeben und begründet; im zweiten Teil gibt die Mittel und Wege an, mit denen die Sozialdemokratie ihr Endziel zu erreichen gedenkt. — Man sieht also, es ist nicht von ungefähr, daß die bürgerlichen Parteien nur einen Teil in ihren Programmen haben, die Sozialdemokratie aber zwei.

Das Endziel der Sozialdemokratie ist demnach, die Interessen der Arbeiterklasse durchzukämpfen gegen die Interessen der andern Gruppen des Volkes. Oder mit anderen Worten: die Sozialdemokratie erstrebt die Befreiung der Arbeiterklasse aus der Not und dem Elend, wozu sie sich jetzt leidet.

Diese Not und dieses Elend sind verursacht durch die

wirtschaftlichen Zustände, in denen wir leben, d. h. durch die kapitalistische Wirtschaft. Unter „Kapital“ versteht man bekanntlich ein Vermögen. Aber nicht jedes Vermögen ist Kapital, sondern nur ein solches, das Gewinn abwirft. So ist eine Wirtschaft kapitalistisch, wenn sie aufs Gewinnmachen, aufs Profitmachen abzielt. — Deshalb arbeiten die Menschen? Deshalb werden z. B. Kohlen produziert? Der Unbefangene wird meinen: weil man doch etwas zum Heizen haben muß. Also um die Bedürfnisse der Menschen zu beden. Aber in einem besonders kalten Winter (1909), wo man viel mehr Kohlen gebraucht hätte als sonst, wurden in Deutschland mehrere Millionen Tonnen weniger gefördert. Warum? Weil infolge der Krise die freierden Arbeitermassen keine Kohlen bezahlen konnten, weil also kein Profit damit zu machen war. Nicht das Bedürfnis ist Zweck und Ziel der Produktion, sondern der Profit. Das ist es, was wir kapitalistische Wirtschaft nennen.

Wie kann denn aber der Profit entstehen? Wie ist es möglich, daß der Grundbesitzer aus dem Verkauf der Steinkohlen mehr Geld herauszieht, als er in ihre Produktion hineingesteckt hat? — Auf folgende Weise: Alles, was die Menschen zum Lebensunterhalt brauchen, muß durch Arbeit geschaffen werden. Wenn nicht gearbeitet wird, kann kein Reich leben. Aller Reichtum, aller Wert, den Menschen gehen, ist das Ergebnis von Arbeit. Nachdem die Arbeit geleistet ist, bekommen die Arbeiter als Lohn einen Teil des geschaffenen Wertes; den andern Teil behält die Kapitalistenklasse, und das ist ihr Profit. Es wird also der Profit aus den Arbeitern gezogen. Natürlich nicht nur aus den sog. Handarbeitern, sondern aus allen, die nötige und nützliche Arbeit verrichten.

Wie geht denn das aber zu, daß die Arbeiter auf solche Weise Profit aus sich herausziehen lassen? — Damit hat es folgende Bewandnis. Wenn jemand arbeiten will, so braucht er dazu eine Menge Dinge, wie z. B. Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, ein Haus oder wenigstens einen Platz, wo er die Arbeit verrichten kann. Alle diese Produktionsmittel hat der Arbeiter nicht, er ist bedürftig. Die Produktionsmittel gehören den Kapitalisten, die können damit spalten und wahren, wie sie wollen. Will der Arbeiter nicht verhungern, so muß er zu einem Kapitalisten gehen und sich an dessen Produktionsmitteln beschaffen lassen. Das tut der Kapitalist aber nur, wenn der Arbeiter mit einem Lohn sich begnügt, der dem Kapitalisten einen Profit übrig läßt. — Das Privateigentum an Produktionsmitteln ist die Ursache, weshalb die Kapitalistenklasse Profit machen kann.

Fassen wir jetzt die Gedankenreihe zusammen, die wir bisher gewonnen haben: Ziel der Sozialdemokratie ist die Befreiung der Arbeiterklasse aus Not und Elend; das Elend der Arbeiter entspringt aus der kapitalistischen Wirtschaft; kapitalistisch ist eine Wirtschaft, die aus den Arbeitern Profit herauszieht zu Gunsten der Kapitalisten; die Arbeiter sind nur deshalb gezwungen, Profit aus sich herausziehen zu lassen, weil die Produktionsmittel sich im Privatbesitz der Kapitalisten befinden. — Daraus folgt als notwendiger Schluss: Not und Elend der Arbeiter werden schwinden, wenn die Produktionsmittel ausfallen, Privateigentum der Kapitalisten zu sein. Und dies fordert die Sozialdemokratie. Ohne die geringste Zweideutigkeit fordert sie im ersten Teil des Programms: „Die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum.“ Wie die Produktionsmittel nie von einem allein gehandhabt werden können, sondern nur zu gemeinsamer Arbeit sich eignen, so sollen sie auch gemeinsames Eigentum sein, das allen zur Benutzung freisteht.

Wenn dann aber kein Profit mehr gemacht werden kann, dann ist es auch mit der kapitalistischen Wirtschaft vorbei. Dann wird nicht mehr zum Verkauf produziert, sondern zum Verbrauch; dann ist maßgebend für die Produktion nicht mehr die Herstellung von Waren, die Profit bringen sollen, sondern von Bedürfnissen, die nützlich sein und ein Bedürfnis befriedigen sollen. Dies drückt das Erfurter Programm mit den Worten aus, daß die Sozialdemokratie „die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische Produktion“ erstrebt.

Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln und Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische Produkte, das wollen die Sozialdemokraten.

Politische Rundschau.

Bant, 25. Oktober.

Die staatsverhaltende Revolverpresse.

In Berlin hat am Montag der Expresseprozeß gegen den antisemitisch-konfessionellen Reichstagsabgeordneten W. H. Bruhn seinen Anfang genommen. Es kann jetzt schon gesagt werden, daß das Urteil der am wenigsten interessanten

Teil dieses Prozesses werden dürfte. Denn so wenig ein Schuldpruch nach § 253 des Strafgesetzes an und für sich eine moralische Beurteilung des Angeklagten bedeutet, so wenig liegt in einem Freispruch eine moralische Reinigung. Der § 253 ist einer der miserabelsten, juristisch unzulänglichsten Paragraphen des Strafgesetzbuchs, seine Schlinge ist so gestellt, daß sich ehrliche Leute leicht in sie verwickeln, während sich geschäftsgewandte Lumpen durch sie nicht im mindesten gefehlt fühlen. Der § 253 lautet:

Wer, um sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, einen andern durch Gewalt oder Drohung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, ist mit Gefängnis nicht unter einem Monat zu bestrafen.

Dieser Strafgesetzbuchparagraph, der schon Tugend ungenügend für ihre Kameraden eintretende Arbeiter und Gewerkschaftsführer ins Gefängnis gebracht hat, hat die Entlassung einer streiklos arbeitenden Expressepresse in Berlin und anderen deutschen Großstädten nicht zu verhindern vermocht. Der Typ eines solchen modernen Expresseblatts ist die „Wahrheit“ des angeklagten Wilhelm Bruhn.

Wie erinnerlich hat die „Wahrheit“ schon vor Jahresfrist einen Expresseprozeß gehabt, der sich aber nicht gegen den Herausgeber Bruhn, sondern dessen Mitarbeiter, den konservativen Journalisten Hermann Dahfel richtete. Dahfel hatte mit seiner „Wahrheit“ Frau Schwardt eigenmächtig in Bruhns Händen gejagt und hatte dabei eine Methode der Expresse angewendet, die als veraltet zu betrachten ist. Er hatte gegenüber seinen Opfern den berühmten Ehrenmann gespielt, der aus Menschlichkeit oder auch aus Gründen der Staatserhaltung einen Skandal unterdrücken will und sich von den daran Interessierten geheimnisvolle „Ausgaben“ vergüten läßt. Das ist ein alter Verbrechensmodus, auf den kein Kriminalist mehr hineinfällt und mit Recht konnte Herr Bruhn damals verkünden, daß derartige Blumpheiten mit den eigentlichen Geschäftsprinzipien seines nationalen, patriotischen, konservativen und natürlich auch streng monarchistischen Wochenblattes unvereinbar sind.

Das Geschäftsprinzip der „Wahrheit“ besteht nämlich darin, die Geschichte so zu drehen, daß man nicht gefehlt werden kann. Der humane Ehrenmann räumt seinen Platz dem einfachen Interatenacquisiteur, der sich keine geheimnisvollen Ausgaben vergüten läßt, sondern als ehrlicher Kaufmann die Intratengebühren einzieht. Wehe aber der Bank, dem Warenhaus, dem Konzerthaus, das einem solchen Revolverblatt das Inserat verweigert!

Gleich der erste Verhandlungstag brachte eine Sensation. Der Angeklagte betraf sich auf den Verheerungen des Polizeipräsidenten, Dr. Hemminger, der bezuagen sollte, welchen Ruf die „Wahrheit“ als nationales und staatsverhaltendes Blatt bei den Spitzen der preussischen Behörde genießt. Der Polizeipräsident v. Jagow hat aber dem Polizeirat Dr. Hemminger die Ermächtigung zur Aussage verweigert, mit der Begründung,

daß er eine Aussage nicht machen könnte, ohne Umstände zu offenbaren, deren Bekanntwerden das Staatsinteresse gefährden könnte.

Es ist bekannt, daß die Presseabteilung des auswärtigen Amtes und das Polizeipräsidentium recht nahe Beziehungen zu dem verurteilten Dahfel und dem angeklagten Bruhn gehabt haben. Das kann auch nicht Wunder nehmen, da Dahfel Mitarbeiter großer konservativer Blätter war, Bruhn aber „hervorragendes“ Mitglied der konservativ-antisemitischen Rechten des Reichstags noch heute ist. Man kann es den preussischen Behörden nachsagen, daß sie sich jetzt nicht mit Herrn Bruhn öffentlich im Gerichtssaal sehen lassen wollen, aber im „Staatsinteresse“ liegt dieses Verhalten der Beziehungen zwischen dem konservativen Regierungssystem und dem antisemitischen Strauchrittertum wahrscheinlich nicht. Das wirkliche Staatsinteresse fordert Klarheit. Das Interesse, das durch Dr. Hemmingers Aussage gefördert werden könnte, ist bloß das Interesse der regierenden Clique.

Die Freiberereien des Zentrums in Bayern.

Das bayerische Zentrum, das sich in den letzten Wochen bemüht hat, einen bestigen Eintrittssturm gegen den Verkehrsminister zu entfachen, hat nun auch noch zwei anderen Ministern den Feldhandschuh hingeworfen. Die parteiunfähige Zentrums-Parlaments-Korrespondenz in München verbreitet einen Artikel, in dem die Staatsregierung ermahnt wird, den Ernst der Lage nicht zu verkennen: „Der Minister des Innern hat eine verkehrte Stellung zur Sozialdemokratie eingenommen, indem er durch Erlaß bestimmte, daß Sozialdemokraten nicht grundsätzlich von Gemeindegewählten ausgeschlossen seien, daß man vielmehr die Eingabe des Einzelnen prüfen sollte; jetzt wird jeder

Einzelne sozialdemokratische Bürgermeister und Adjunkt für geeignet befunden und beauftragt. Der Ministerpräsident hat eine tiefe Verbrennung vor den angebliehen sozialpolitischen Verdiensten der Sozialdemokratie gemacht. Der Verkehrsminister zeigt trotz der Landtagsresolution gegen den Eisenbahnerstreik und seiner eigenen Gegnerschaft gegen einen solchen eine geradezu auffällige Konvenienz gegenüber der Sozialdemokratie.

Mit diesem Verhalten gegenüber der Sozialdemokratie, der Todfeindin der Monarchie, muß ein für allemal gründlich gebrochen werden. Die Krone muß es zur Lebensaufgabe eines jeden ihrer Staatsminister machen, daß die Staatsregierung eine scharfe Frontstellung gegen die Sozialdemokratie einnimmt. Daß die Krone diese Auffassung hat, steht über allen Zweifel fest.

Am Schluß des Artikels wird endlich rund und nett gesagt, was man von der Regierung zunächst verlangt: „Der Kampf geht nicht gegen Personen, die Gegner täuschen sich und andere, wenn sie von Ministerstürzerei reden. Es ist ein Kampf gegen das System, welches staatsgefährlich wird, wenn die bürgerliche Rechtschaffenheit in Wort und Tat, welche zu beobachten ist, von der Staatsregierung nicht radikal aufgegeben wird. Die Staatsregierung wäre durch und durch falsch beraten, wenn sie die leibliche Doffnung hätte, daß dieser Kampf, der mit dem Verbot des sozialdemokratischen Eisenbahnverbandes endigen muß, nicht bis zu den letzten parlamentarischen Konsequenzen, welche die Verfassung erlaubt, durchgeführt würde.“

Die heftigen Bedenken wegen der Streifgefahr sind natürlich nur vorgeführt. Wenn das Zentrum eine völlige Unterdrückung des Süddeutschen Eisenbahnverbandes verlangt, so deshalb, weil es fürchtet, auf andere Weise die Mitgliederzahl der beiden Wahlgruppen, den christlichen Bedienstetenverbänden, nicht mehr aufrecht erhalten zu können. Man verlangt also — es ist nötig, das einmal recht deutlich festzustellen — ein gewerkschaftliches Ausnahmegefehr. Wie man erzählt, sehen jedoch verschiedene führende Personen im Zentrum dem bevorstehenden Feldzug mit sehr gemischten Gefühlen entgegen. Sie sehen ganz richtig ein, daß durch alle derartigen Manöver die Massen des arbeitenden Volkes über eine brutale Talsache nicht hinwegzutäuschen sind: über die ungeheuerliche Verteuerung aller Lebensbedürfnisse. Und wenn man diese zu verkanten hat, darüber besteht ja auch kein Zweifel. In einem Zirkel ultramontaner Vertrauensleute in München ist das vor kurzem ganz offen ausgesprochen worden.

Rahdbod-Projekt.

Die Verhandlung vom Montag brachte in der Vormittagsitzung u. a. eine eingehende Erörterung über das Recht der Gedingführungen. Der Nebenkläger und der Staatsanwalt vertreten dabei die kühne Ansicht, daß ohne weiteres eine Reduzierung der Gedinge erlaubt sei, wenn sich herausstelle, daß die Leute zu viel verdient hätten. Einige Steiger und verschleierte noch im Dienst der Zechen stehende Arbeiter befürchten prompt, daß alles in schönster Ordnung auf der Zechen gewesen, wobei aber der Hauer Salm sehr in die Enge gerät und behauptete, niemals Wetter an seiner Arbeitsstelle gehabt zu haben, während ihm sofort ein Zeuge gegenübergestellt wird, den er seinerzeit gebeten, doch einmal einen Artikel in die „Bergarbeiterzeitung“ zu bringen, um die vielen Wetter zu rügen, die faum noch das Arbeiten ermöglichten. Dann marschieren die Mitglieder des sogenannten Arbeiter-Ausschusses auf. Diese sollen ausfragen, ob sie nach dem Unglück zur Inauguralaufnahme der Aufklärungsarbeiten herangezogen worden sind, womit der Direktor Andree bekanntlich am 1. Verhandlungstage die Brückenterrasse und Abfischung der auf Veranlassung des Handelsministers vom Knappschafsvorereim ernannten Reitersten zu recht fertigen gesucht hat. Der Erste, ein offensichtlich sehr beschränkter Mensch weiß nicht, und wann er nach dem Unglück zu genannten Zwecke eingeschoben ist, weiß auch nicht, mit wieviel Stimmen er seinerzeit gewählt wurde. Das zweite Mitglied weiß, daß es mit 4 Stimmen gewählt worden ist und daß es Ende November 1909 zum ersten Male zu oben benanntem Zwecke eingeschoben ist. Direktor Andree stellt fest, daß er den Ausschluß (auf Veranlassung der Bergbehörde) im Februar 1909 zum ersten Male eingeladen habe, zu Befragungen einzufahren, (also 4 Monate nach dem Unglück). — Das dritte Ausschußmitglied hat 3 oder 4 mal von dem Recht des Einfahrens Gebrauch gemacht. Der Sachverständige Hollender berichtet dann über den seinerzeit viel besprochenen Sp. 11, der nach dem Unglück in der Grube entdeckt wurde und der mehrfach schon als Ursache des Unglücks angesehen worden ist, weil aus diesem vermutlich Galle ausgebreitet waren. Der als Sachverständige vernommene königliche Einfahrer David hielt die Staubentwidelung auf Rahdbod für möglich, wenn nicht gar für gering, muß aber auf Vorhalt des Angeklagten schließlich zugeden, daß die Frage der Staubentwidelung und der Grad ganz von den örtlichen Verhältnissen abhängt. Sachverständiger Holländer erklärt, daß Kohlenstaub weder die Ursache der Explosion gewesen, noch dabei mitgewirkt habe. Er muß aber auf Vorhalt zugeden, daß die ersten, nach dem Unglück geborgenen Leichen völlig schwarz waren, was nach Ansicht der Bergarbeiter ein Beweis dafür ist, daß es sich nicht nur um eine Explosion schlagender Wetter gehandelt hat, sondern daß dabei in erster Linie auch der Kohlenstaub mitgewirkt habe.

In der Nachmittagsitzung bestätigte der Knappschafsvorereim Dehler, der vom Knappschafsvorereim bestimmt worden war, bei den Aufklärungsarbeiten zugegen zu sein, daß er nach der ersten Einfahrt, zu der er von der Rahdbodverwaltung bestellt worden war, nicht wieder gerufen worden ist, obwohl er sich an den Knappschafsvorereim, wie an die Rahdbodverwaltung sowohl als auch an die Bergbehörde gewandt hatte. Wegen der weiteren Befragung hat er bis heute keinerlei Befcheid bekommen. Der Staatsanwalt vermutet, daß er vom Knappschafsvorereim deswegen nicht mehr nach Rahdbod geschickt worden sei, weil durch die Befragung hätten Rollen entstehen können. Ein anderer Zeuge bekundet, daß

er kurz vor dem Unglück zwei Tage lang mit dem Aufstauen der Wasserleitung beschäftigt gewesen sei.

Deutsches Reich.

Berlin, 25. Oktober. Der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche wird amtlich gemeldet aus Sonneberg (Stadt), Kreis Sonneberg, Herzogtum Sachsen-Weimaringen und aus Bafch, Kreis Beeslow-Storlow, Reg.-Bez. Vorpommern, der Händlereich.

Die Neuregelung des Vorbereitungsdienstes zur höheren Justizverwaltung in Bayern ist durch landesherrliche Verordnung erfolgt, die demnächst veröffentlicht werden soll. Sie enthält als wichtigste Neuerung die bisher verweigerte Berechtigung der Realgymnasien und Oberrealschulen zum Rechtsstudium mit dem Vorbehalt einer Ergänzungsprüfung im Latein für die Abiturienten der Oberrealschulen.

Ein Beamten-Wahlprogramm. Der Bund der Postbesoldeten hat ein Wahlprogramm aufgestellt, das bei den kommenden Wahlen denjenigen Kandidaten unterbreitet werden soll, die um die Stimmen der Beamten sich bewerben. Das Programm sieht zunächst einmal vor die Sicherstellung der staatsbürgerlichen Rechte, vor allem des Vereins- und Versammlungsrechts, des Rechts der freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift und des Rechts freier politischer Betätigung innerhalb des Rahmens der auf dem Boden der Verfassung stehenden Parteien. Ein weiterer Abschnitt regelt die Wünsche der Beamten auf dem Gebiete der Besoldung und Versorgung. Ferner wird verlangt das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, Durchführung des Selbstverwaltungsprinzips in Reich, Staat und Gemeinde und gerechte Steuererschöpfung.

Der Oldenburg will sich dem Reichstage erhalten. Er ließ sich wieder als Reichstagslandtag aufstellen und hielt in Marienburg (Westpreußen) eine seiner bekanntesten Reden, in der er renommierter: Er habe in den Zeiten der Republik schon zu seinem Freunde Bälou gesagt: „Die Sozialdemokratie wird nicht mit Viedern und Surras bezungen.“ Es müsse vielmehr heißen: feite los dagegen! Dann zog er gegen Hanja- und Bauernbünd los, die die Konfessionslosen mit Dred beschmissen hätten. Den Höhepunkt erklimmen seine Ausführungen, als er feststellte, daß gegenwärtig die Sonne der Volksgunst über den Hohenzollern lächle. Es sei selten eine einwandfreie Kaiserrede gehört worden, als die von Königsberg. — Oldenburg kündigte schließlich an, daß er sein Landtagsmandat wahrscheinlich niederlegen werde, er sei zu sehr überfordert.

Die Konfessionslosen auf dem Eroberungszuge. Zum ersten Male tagte am Sonntag in Duisburg ein konfessionloser Parteitag für das Rheinland, der auffallend stark besucht war. Die Tätigkeit der konfessionlosen Emigranten ist sonach im Rheinland keineswegs erfolglos gewesen. Als Vertreter des Reichsbundes gegen die Sozialdemokratie nahm der General v. Liebert an der Tagung teil und hielt eine seiner bekanntesten Scharfmaßnahmen. Der Reichsbund muß offenbar den General selbst auf Keilen spalten, um Mittel locker zu machen, die dem Verband durch die Gründung des Handabendes entzogen worden sind. In einer Resolution versprechen die Teilnehmer an dem Parteitag, daß sie mit aller Schärfe gegen die Bestrebungen der Sozialdemokratie anlämpfen werden.

Die Kämpfe des Eigentums. Die Anfechtung der Rommilion soll, wie die „Nationalzeitung“ berichtet, beim Staatsministerium die Entgegnung politischer Güter auf Grund des Enteignungsgesetzes beantragt haben, weil im freihändigen Verkehr das erforderliche Land nicht zu erhalten sei. Ein gleicher Antrag der Anfechtungskommission lag unseres Wissens schon vor einem Jahre vor, es ist aber damals von der Anwendung des Enteignungsgesetzes abgesehen worden. — Hier findet man das, womit man immer den Bauern vor der Sozialdemokratie gaulisch macht: Wegnahme des Grund und Bodens. Gewisse Junker wollen jedenfalls in Übung bleiben. So wie die Großhändler das Bauernlegen betrieben haben, wollen Sie es weiter betreiben; jezt allerdings auf Staatskosten.

Der kleine Staatsstreich des preussischen Kriegsministers. Der eigenmächtige Verkauf des Tempelhofer Feldes durch den preussischen Kriegsminister v. Heeringen an die Gemeinde Tempelhof stellt sich immer drücklicher als einen kleinen Staatsstreich heraus, den die preussische Regierung gegen den Reichstag verübt hat. So behauptet jezt ein reaktionärer Reichstagsabgeordneter in einer parlamentarischen Korrespondenz, der Reichstag habe weiter kein Recht, als daß ihm die von der Regierung abgeschlossenen Verträge zur Kenntnisnahme (!) unterbreitet werden. Der ungenannte Abgeordnete stützt diese seine Auffassung mit dem folgenden Sage:

Als preussischer Kriegsminister hat Herr v. Heeringen nach dem Gelehr von 1810 gehandelt, das ihm das Recht gibt, Staatsvermögen mit Genehmigung des Königs jeztzeit veräußern zu können, ohne daß ein Parlament ein Veto einlegen kann. 1810 war 38 Jahre vor 1848 und 61 Jahre vor 1871. Damals gab es noch keine Verfassung, kein deutsches Reich, sondern nur ein von Napoleon in Trümmer geschlagenes absolutes Königreich Preußen. Es ist einfach eine reaktionäre Unverschämtheit, sich in einer verfassungswidrigen Frage auf ein Gelehr aus der absolutistischen Zeit zu berufen. Eine derartige sachlich ganz unhaltbare und unsinnige Berufung läßt sich nur aus dem politischen Zweck erklären, den man dabei verfolgt. Offenbar legen es gewisse Leute darauf an, im Reichstag einen verfassungswidrigen Konflikt zu provozieren.

Eine politische Maßregelung in Baden. Eine Verletzung, die ganz allgemein als politische Maßregelung geachtet wird und daher das größte Aufsehen erregt, gibt die „Kaiserliche Zeitung“ amtlich bekannt. Der Oberamtmann Kersperger wandte sich nämlich in einer nichtöffentlichen Mitgliederversammlung des nationalliberalen Vereins anlässlich der Berichterstatterung über den Kaiserliche Parteitag ent-

schieden gegen ein Zusammengehen mit Junkern und Liberalen. Seine Rede war eine Erweiterung auf zwei jungliberale Redner, welche die Eventualität eines neuen Bismarck-Blockes, insbesondere die spätere Möglichkeit einer Bismarckannäherung zwischen Konfessionslosen und Nationalliberalen empfehlend erörtert hatten. Oberamtmann Kersperger ist nun von Karlsruhe nach Staufen bei Freiburg als Amtsverwalter versetzt worden, unter Rückgängigmachung der Beförderung eines anderen Beamten, der bereits für die Stelle bestimmt war. Diese Beförderung ist eine unverkennbare Verschönerung, zwar nicht dem Range, aber dem ganzen Dienstbereich nach. Die „Kaiserliche Zeitung“ untersteht auch in ihrem nichtamtlichen Teil in erster Linie der Einwirkung des Ministers des Inneren, gegenwärtig also des viel genannten Herrn v. Bodmann. Es ist aufzufallen, daß die „Kaiserliche Zeitung“ gerade in letzter Zeit jede Gelegenheit benützt zur Empfehlung der Sammlung bürgerlicher Parteien gegen die Sozialdemokratie.

Oberpräsident und Presse. Herr v. Malzahn, der Oberpräsident der Provinz Pommern hat bekanntlich behauptet, daß die Regierung nicht freundlich gestimmte Presse von jungen Leuten redigiert werde, die noch nicht hinter den Thron trocken seien. Der Minister des Innern v. Dallwitz hatte darauf Veranlassung genommen, mit dem Oberpräsidenten Rücksprache zu nehmen und soll ihm bei dieser Gelegenheit gesagt haben, daß er diese Anklagungen nicht billigen könne. Die bürgerliche Presse ist davon hoch erfreut und beweist damit, wie leicht sie alle Tritte verschmerzt, die ihr verdrückt worden sind.

Schweiz.

Der Proporz für den Nationalrat abgelehnt. Die Volksabstimmung für die Einführung der Verhältniswahl bei den Nationalratswahlen, die am Sonntag (Italien) hat leider den Freunden dieser Wahl noch nicht den Sieg gebracht. Es haben 238 112 Schweizer Bürger für die Verhältniswahl gestimmt, 262 477 gegen sie. In 14 Kantonen war die Mehrheit dafür, in 11 dagegen. Ist das Stimmresultat also nicht der Sieg, so ist es aber eine Gewand für den Sieg. In einigen Jahren werden die Sozialdemokraten und Demokraten von neuem den Sturm versuchen. Die schlimmsten Gegner des Proporz sind die Ultramontanen. So sind in dem Kanton Freiburg, der ultramontan und konservativ ist, 11 700 Stimmen gegen den Proporz und nur 3931 dafür abgegeben worden.

Ceslerreich-Ungarn.

Argentinisches Fleisch in Wien. Die Probefestung von gefrorenem Fleisch aus Argentinien, 21 000 Kilogramm Rindfleisch und 1000 Kilogramm Hammelfleisch, ist dieser Tage in Wien geprobt und für gut befunden worden. Die offizielle oder amtliche Probe hat im Rathauseller auf Veranlassung des Bürgermeisters Dr. Reumayer stattgefunden. — Hierbei wurde ein Qualitätsunterschied zwischen argentinischem und österreichischem Rindfleisch, soweit es sich um Suppenfleisch handelt, nicht gefunden. Auf die hohen Fleischpreise kann natürlich die Einfuhr solchen Fleisches nur dann einwirken, wenn sie in entsprechend großen Mengen geschieht.

England.

Flotten-Dezagogen. Der konservative Politiker und frühere Ministerpräsident Balfour hat in letzter Zeit wieder heftig für die Flottenvermehrung gehalten. Der Parteiverammlung in Bristol seine Meinung dahin aus, daß diese Flottenhege wahrscheinlich viel vor zwei Jahren von der liberalen Regierung bestellt sei. Als darauf jemand aus der Versammlung ein lautes Nein rief, reagierte der Redner auf diesen Jutis und sagte, man solle nicht so schnell nein rufen, denn wenn das Publikum alles das wüßte, was hinter den Kulissen des politischen Theaters vorgehe, dann würde es über manches anders denken. Vor zwei Jahren hätten die Führer der Opposition, fuhr Herr Balfour fort, zusammen mit der Daily Mail die Hege im Einverständnis mit der Regierung angefangen. Sir Edward Grey, Minister des Äußeren und Mr. Mac Kenna hätten die Sache unterstützt, und das Ministerium habe darauf die nötigen Flottengelder bewilligt erhalten. Wenn es so weiter gehe, werde Deutschland wieder mehr für seine Flotte ausgeben müssen, England würde darauf seine Kräfteungen noch weiter steigern, um Deutschland zu übertreffen und dies werde dann so weiter gehen.

Portugal.

Der Depeschenvorkehr ist seit dem 17. Oktober für den inländischen wie den ausländischen Verkehr in vollem Umfange getatet. Die Bahnen zu der konstituierenden Versammlung finden wahrscheinlich im Januar statt. Die Beratungen dazu werden geleitet von dem leitenden Ausschuß des republikanischen Partei, der noch immer besteht.

Theologie keine Wissenschaft. Die Regierung hat ein Dekret erlassen, wonach die theologische Fakultät der Universität Coimbra aufgelöst, die akademische Gerichtsbarkeit sowie der Eid der Studierenden, Professoren und Rektoren abgeschafft und freie Vorlesungen geschaffen werden sollen.

Die Arbeiterliste erwacht. Da die Arbeiter von dem bloßen Worte „Freiheit“ nicht besser leben können wie unter dem alten Regime, so benötigen sie die neue politische Freiheit, das Verammlungsrecht, um ihre soziale Lage zu verbessern. So erließen am Sonnabend mehr wie tausend Handlungsgehilfen im Ministerium des Innern und forderten eine strenge Durchführung des wöchentlichen Ruhetages. Die Forderungen in Lisbon sind in den Ausstand getreten, um eine Lohnherhöhung durchzusetzen.

Reine politische Nachrichten. Im Wahlkreis Wald-Portomani wird an Stelle des bisherigen Vertreters Dr. Weithof der reichliche Reichsruhrer Richter kandidieren. — Die National-Liberalen der Provinz Hannover haben ein Zusammengehen mit der Reichspräsidenten Partei bei den Reichstagswahlen abgelehnt. — In Braunschweig fand am Sonntag der erste Zusammenseitrag für die Reichslande statt. Der Partei-

tag forderte für diese das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht und ein unabhängiges Landesparlament. — In Raltfeld (Deutsch-Südwestafrika) wurde eine Telegraphenlinie für den internationalen Verkehr eröffnet. — Der König von Siam (Siam-König), ist in Vangot gestorben. — Nach einer Reihe des nächsten Jahres für die Vermehrung der Flotte 70000000 Yen. — In Galtel-Salfo bei Neapel führten Landeute das Rathaus und verweigerten den Bürgermeistern, die Polizeibeamten, den Stadtkommissar und die zwei Polizeikommissare, weil sie keine Steuerzahlung erzielten. — Der Bürgermeister von Vintens hat eine öffentliche Selbstmordung zugunsten der gemäßigten Eisenbahnen verboten.

Parteinachrichten.

Angebliche Gotteslästerung. Gegen den Genossen Max Saling in Görlitz war von dem Polizeikommissar in Lauban Anzeige erstattet worden. Gen. Saling sollte in einem Vortrag die christlichen Kirchen durch das Wort „Verdummungsaufgaben“ beschimpft haben. (§ 166 Str.G.B.) In der Gerichtsverhandlung vor der Strafkammer in Görlitz betritt Genosse Saling die Anklage und wies darauf hin, daß die Ausführungen in seinem Referat, auf die sich die Anklage bezieht, ganz aus dem Zusammenhang gerissen sind. Das Gericht erkannte auch auf Freisprechung mit der Begründung, es habe nicht die Überzeugung gewinnen können, daß eine Beschimpfung der christlichen Kirche vorliege. Auf die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision hob aber das Reichsgericht am Freitag das Urteil auf und wies die Sache an das Landgericht Görlitz zurück.

Soziales.

Bant, 25. Oktober.

Ginangemahregelt.

Die angekündigte Deportation von über 300 Werkarbeitern des Torpedo-Werks, welche am Mittwoch den 19. Oktober durch Anschlag vom Oberwerksdirektor Eckermann verurteilt worden ist, scheint ausgeführt zu werden. Sie hat heute ihren Anfang genommen. Rund 50 Arbeiter aller Berufsstände werden, Montagsmittags, den Befehl, ihr Arbeitsverhältnis heute in anderen Anseits auf der Baueinstellung aufzunehmen. Es ist demnach anzunehmen, daß die Werkleitung resp. das Reichsmarinamt die verurteilten Arbeiter nicht zurücknehmen will.

Da die Beschuldigten und besonders die Rindungen eine Strafe sein sollen für die Beschwerden der Arbeiterchaft gegen ihren Vorgesetzten, den Torpedowerkdirektor Jendahl, die in einer Versammlung der Werkleitung zur Kenntnis gebracht wurden, muß sich jedes Rechtsempfinden und Rechtsgefühl dagegen aufbäumen. Es ist tief bedauerlich, daß sich Hunderte von Arbeitern ruhig gefallen lassen müssen, derart behandelt zu werden, nur weil sie mit Recht ihr Recht und der Wahrheit die Ehre geben. Glaubt die Werkleitung resp. das Reichsmarinamt, dadurch Herrn Jendahl rehabilitieren zu können, daß sie gegen die Interessen desselben derartig vorgeht? Durch solche Maßnahmen muß im Gegenteil die Erregung und Verbitterung eine immer größere werden und immer weitere Kreise umfassen. Wenn es ein Mittel sein soll, den Frieden und das gute Einvernehmen zwischen Behörde und Arbeiterchaft zu erzielen, dann befinden sich die Urheber vorstehender Maßnahmen in einem großen Irrtum. Die Gehmartsarbeiterschaft der Werkstätte betrachtet in erster Linie Herrn Jendahl als denjenigen, welcher die Ursache der unangenehmen Erregung und Beunruhigung und somit der Unzufriedenheit gegeben hat. Wenn nun das Rechtsbewußtsein der Arbeiter durch die Werkleitung resp. das Reichsmarinamt in so offenkundiger Weise verletzt wird, daß diese Behörden für Herrn Jendahl und gegen die Arbeiter Partei nehmen, so machen sie sich zum Mißgunstigen der außerordentlich gesteigerten Unzufriedenheit der gesamten Arbeiterchaft. Wir brauchen dies eigentlich nicht zu bedauern, doch wünschen wir im Interesse der Arbeiterchaft der Torpedowerkstätte, welche zum Teil jahrzehntlang dort mit Spezialarbeiten beschäftigt und zu Spezialisten ausgebildet ist, wie im Interesse des gesunden Rechtsempfindens, daß die Werkverwaltung bald einseht, welches Unrecht und welche Unflughet sie begangen hat. Für die Arbeiterchaft muß aber der Vorschlag vor allem die Lehre geben, sich zu organisieren, um als eine kompakte Masse dazustehen. Auch die Werkverwaltung kann nicht ohne Arbeiter sein. Wenn die Werkverwaltung die Arbeiter derart behandelt, wie geschehen, dann muß ihr beigebracht werden, daß die Arbeiter die notwendigsten Objekte auf der Werkstätte sind.

Vorzugsort für die heute Abend in der „Burg Hohenzollern“ stattfindende Operette „Hedemans“ sind noch in beschränkter Anzahl in der Expedition des Norddeutschen Volksblattes zu haben. Wir weisen hierauf ganz besonders auf Erklären des Bildungsausschusses hin und bemerken, daß der Vorzugspreis 40 Pf. für Gallerie und 60 Pf. für Saal unummert gilt. Die allerliebste Straußische Operette empfiehlt sich durch ihren prächtigen melodischen Inhalt selbst, und drängt es hier keiner Empfehlung.

Falsches Geld. Auffallend viel falsches Geld befindet sich, so lesen wir in der Frankf. Zig., gegenwärtig im Umlauf. In der Hauptsache handelt es sich um falsche Zweier- und Fünfmarsstücke. Die Kriterien tragen das Münzzeichen A mit dem Bildnis Kaiser Wilhelm II. und der Jahreszahl 1905, die Fünfmarsstücke sind mit D und der Jahreszahl 1908 bezeichnet und mit dem Bildnis Königin Ottos von Bayern geschmückt. Die Falschfäher fühlen sich glatt und fettig an, ihr Klang ähnelt fast den echten Münzen.

Immer schlauer werden die Aider. Es ist kaum zu glauben, was nicht so ein Hundertel alles leidet. Mancher Bierbrauermeister kann sogar sich genügt fühlen, an den Fortschritten der Hundekultur den Standpunkt der Kultur der zivilisierten Welt zu messen. Wir haben kürzlich Proben der Hundekultur bei der Marinierler Polizeihundausstellung erhalten. So einen schlauen Hund namens Rex hat auch der Banter Rathauswirth, Herr Hagenlöcher. Dieser Rex findet nicht nur beliebige Gegenstände, die sein

Lebenswürdigster Pfleger, Herr Hagenlöcher, auf dem Rathausplatz vergräbt, sondern der schlaue Aider ist auf dem besten Wege, ein Wunderkind zu werden. Sein Geruchsinn soll soweit ausgebildet werden, eine bestimmte Sorte Wein, durch den Geruch am Rorken zu erkennen, nämlich der von manchem dortigen Stammgast gern getrunkenen neuen Sorte, der Marke Pfing. Er wird im Stande sein, wenn mehrere Flaschen verborgen werden, diese richtige Sorte zu bringen. Das dürfte der Gipfel der Hundekultur sein.

Wilhelmshaven, 25. Oktober.

Eine zwar kleine, aber doch sehr interessante Ausstellung hat sich innerhalb 24 Stunden im „Parkhaus“ aufgetan. Noch am Sonntag wurde hier im großen Saal flott das Zanzeln geschwungen und heute Morgen war der Saal bereits in allerliebste Wohnräume mit den modernsten Einrichtungen umgewandelt. Eine Nebenarbeit ist hier geleistet worden. Das Arrangement der Ausstellung geht von der Bodengestaltung Wilhelmshaven-Bant aus, die bekanntlich weit Veränderungen in Bant ihr Eigen nennt und die sich besonders die Einfamilienhaus-Bewegung zunimmt. Ein großer Teil des Saales ist daher auch mit den Zeichnungen, Entwürfen und Modellen der vierzehn Architekten belegt. Rings herum sind dann die netten Zimmer in den verschiedensten Charakteren eingerichtet, in welchen die einzelnen Firmen ausgestellt haben. Da finden wir gleich rechts die Siemens-Schuckert-Werte mit ihren zauberhaften elektrischen Apparaten, wie Oesen, Kochapparaten, Wärmefen usw. Nicht fehlt der Saugapparat für Staub, der auch Wasser beim Fußbodenwaschen aufnimmt. Die elektrische Beleuchtung steht in die Augen. Daneben hat die Möbel- und Dekorationsfirma Ad. Sieberns mehrere Zimmer hochmodern und vollständig eingerichtet. Anschließend hieran treten wir in die diesen reizenden Zimmer der Möbelabteilung von Herrn. Onnen. Selbst der Wintergarten fehlt nicht. Die hübschen Pflanzendekorationen stammen von der Firma S. Probst in Wilhelmshaven. Stark vertreten ist auch das große Geschäftshaus von J. Eberts. Hier findet die Hausfrau alles, was ihr Herz begehrt. Nebenbei befindet sich eine reizende Kinderstube der Firma A. Räder, in der die kinderliebenden Frauen nicht veräumen mögen, sich die gefüllten Schränke anzusehen. Die Firma Gebr. Popken hat die große Bühne eingenommen mit ihren praktischen Spezialitäten für Innendekoration, wie Teppichen, Portieren, Anoleum u. Auf der linken Seite haben die Gaswerke alle möglichen Einrichtungen für Gasnutzung ausgestellt, die sehr interessant sind. Weiter sind hier Röhren- und Badeeinrichtungen der Gaswerke, der Firma Eberts und des Töpfermeisters Schacht ausgestellt. Letzterer hat Spülmaschinen von den einfachsten bis zu den modernsten, ferner Oesen aller Art ausgestellt. Erwähnt sei auch noch die Schreibmaschinenfabrik des Herrn Föder, bei der selbst die „Alpini-Schreibmaschine „Erika“ nicht fehlt; ein Treppenaufgang mit Tär des Herrn Witter, Pianinos des Herrn Paulus u. l. w. Die Ausstellung bietet viel des Schönenwertigen; der Besuch ist daher sehr zu empfehlen.

Beachtenswert möchte wir bemerken, daß auch die Gemeinde Bant ersucht wurde, das Elektrizitätswerk an der Ausstellung teilnehmen zu lassen. Die Gemeindeverwaltung hat aber abgelehnt, da die elektrische Einrichtung bereits durch die Firma Siemens-Schuckert vertreten ist.

Neuende, 25. Oktober.

Sauereim Rüstungen. In dem geistigen Bericht über die Generalversammlung muß es bezüglich des Prozesses der Firma Bosman u. Knauer gegen die Genossenschaft heißen, daß der Vorstand nur in Vergleichs-Verhandlungen eintritt, wenn die Firma nicht über 25000 M. forbert.

Nus dem Lande.

Jezer, 25. Oktober.

Anfug. Der Haussohn J. aus Moorlum und der Werkarbeiter W. aus Heppens hielten einen Hund auf die Enten eines Hundhüßlings in Moorlum. Der Hund biß zwei Enten tot. Die beiden Sinder müssen je 30 M. und die Kosten zahlen.

Delmenhorst, 25. Oktober.

Auf der Suche nach Arbeitswilligen hat die Firma „Delmenhorster Wagenfabrik Carl Tonjes A.-G.“ ansehend nur geringe Erfolge, jedoch ist wohl oder übel durch Agenten von der bekannten Firma Müller bezogen muß. Aber auch diese Arbeiter stellen, wie bekannt wird, Lohnforderungen, durch deren Ablehnung fast sämtliche Stellmacher aus dem Betriebe ausgeschlossen sind. Differenzen sind entstanden infolge der großen Rüdensendung mangelhafter oder unbrauchbarer Automobillisten, in deren Folge die Akkordarbeit verboten wurde. Die Firma braucht also notwendig arbeitswillige Stellmacher und infiziert deshalb fortgesetzt im Arbeitsmarkt. In welcher Weise die Firma den Arbeitern die Arbeitsaufnahme schmackhaft zu machen sucht, verriet nachstehender Brief, der seitens der Firma C. Tonjes an einen arbeitsuchenden Tischler gerichtet wurde. Der Brief lautet:

Am Freitag Ihrer Rache vom 20. d. M. teilen wir Ihnen mit, daß wir Sie, vorausgesetzt, daß Sie einer sozialdemokratischen Organisation nicht angehören, zur Zeit noch als Stellmacher einstellen können. Wir begahlen an Lohn für Leute unter 21 Jahren 42 Pf., über 21 Jahren 45 Pf. pro Stunde. Sie können aber bei Akkordarbeit bei guten Leistungen diesen Bescheid noch erhöhen. Wir haben im Juni d. J. über Streit gehabt, und unsere gewöhnliche noch Zeitkosten zu sehen sind, so ist der Streit für uns doch vollständig erledigt, und unsere Arbeiter-Einstellungen werden nur durch die fortgesetzten Betriebsveränderungen bedingt. Wir beschäftigen jetzt schon weit mehr Arbeiter als wir vor Ausbruch des Streiks. Was Ihnen Fall können Sie damit rechnen, bei uns dauernde Arbeit zu finden. Wir bitten Sie, uns noch mitzuteilen, wann, und mit welchem Zuge Sie hier ankommen, wir würden Sie dann von der Bahn abholen lassen, und wäre es angebracht, wenn Sie sich durch irgend ein Zeichen, vielleicht Winken mit dem Taschentuch, bemerkbar machen würden.

Wählungsboll
Delmenhorster Wagenfabrik Carl Tonjes A.-G.
Carl Tonjes.

Der mit dem Taschentuch winkende Mann ist nicht ein getroffen, obwohl eine Empfangsdeputation seitens der Firma zum Bahnhof gefandt war. Auch wird die Firma gewiß gütig gestanden, daß der Streit seitens der Ausständigen nicht als erledigt betrachtet wird, auch dann nicht, wenn erst einmal keine Streikposten mehr zu sehen sind.

Karich, 25. Oktober.

Der Arbeiter-Kabfahrerverein „Vorwärts“ Karich feiert am Sonntag, den 30. Oktober sein 1. Stiftungsfest, verbunden mit Saal- und Regenfahrten in Ziegler's Konjertgarten, worauf hiermit hingewiesen wird. (Siehe Infetat.)

Kleine Mitteilungen aus dem Lande. Ein beim Sägen abspringendes Stück Buchenholz slog dem Tischlermeister Wödmann in Detsingfelde ins rechte Auge und befristet man den Verlust der Sehkraft auf diesen Augen. — Beim Spielen auf dem Zeppengelder führte in einem Geschäftsbau in der Martinstraße in Bremen ein Lebensstürze Anob ab. Er starb alsobald.

Nus aller Welt.

Ballon-Weitflug in Amerika. Es fehlt jetzt nur noch eine Nachricht von dem Ballon „America“. Der deutsche Ballon „Düßeldorf“, von dem auch Nachricht fehlt, hat eine Strecke von 1300 Meilen zurückgelegt und glaubt man, daß dieser Ballon den Sieg davongetragen hat. Die meisten Ballons landeten in den ausgedehnten Waldungen Kanadas, weit von menschlichen Wohnungen entfernt. Der deutsche Ballon „Germania“ und der Schweizerische Ballon „Helvetia“ haben annähernd dieselbe Strecke zurückgelegt wie die „Düßeldorf“. Nach dem Verbleib des Ballons „America“ wird überall geforscht und sind Streifenkolonnen in die Wälder ausgesandt, um Nachforschungen anzustellen.

Kleine Tageschronik. Aus Eberstadt schoß ein junger Mann auf die Tochter eines Gastwirts in der Mozartstraße in Hamburg und auf sich selbst. Beide sind schwer verletzt. — Der Broch gegen Rector Bosh, der bekanntlich unter dem Verdacht steht, sich an mehreren seiner Schülern vergangen zu haben, wird am 27. November in Berlin zur Verhandlung kommen. — Der Stadtkammer Winger, der nach Unterzeichnung von etwa 350000 Mark aus Oshelm städtig geworden ist, wurde in Eisenach festgenommen. — Unter Vergütungsbedingungen erkrankten in Duisburg nach dem Genuß von Ausschließ mehrere Familien. Die beiden liegen nach Verlesen längere Zeit darnieder. — Die Brand- und Mordentende in der Provinz Westpreußen, besonders im Regierungsbezirk Marienwerder, nimmt einen bedrohlichen Umfang an. — Bei Grottau wurde der Poljanen überfallen. Ein Straßenräuber wurde ergriffen, zwei entlassen. — Der Fabrikarbeiter Schäfer in Kaiserlautern feuerte aus Rache gegen zwei Schutzleute fünf Revolverkugeln ab, wozu die beide Schutzleute verletzt wurden. — Der Kompositist und Professor am Kaiser Konvaleszenz, Zschner, hat sich insolge Revolutions erkrankt. — Der Bankhändler in den Staatsforsten von Idaho und Montana wird auf 15 Millionen Dollar geschätzt. — Nach einer Wopdsmeldung aus Havana ist das cubanische Rationensboot Cespedes bei den Colorados gescheitert und dabei fast die gesamte Mannschaft ertrunken.

Neueste Nachrichten.

Paris, 25. Okt. Wie aus Cruzot gemeldet wird wurden auf den Schneidischen Werken Besuche mit dem soden fertiggestellten 30,5 Zentimetergehäh vorgenommen das 100 Kilogramm schwere Geschö 30 Kilometer weit schießend soll. Die Besuche sollen sehr günstige Ergebnisse gehabt haben.

Rom, 25. Oktober. An der neapolitanischen Küste und von den Abhängen des Vesuvius sind gestern furchtbare wolkenbrunnartige Regengüsse niedergegangen. Der Regen war von einem orkanartigen Sturm begleitet, die Folge sind Ueberschwemmungen, welche furchtbare Verheerungen auf den Feldern, den Weinbergen, in den Städten und Dörfern anrichteten. Die Verbindung zwischen Neapel und Loro de Graeco ist zerstückt. Auch die Provinz Salerno und darin besonders die Städte Amolvi und Celara sind von dem Unwetter betroffen worden. In diesen Städten ist eine größere Anzahl Menschen umgekommen. Teils sind sie von den Trümmern der zusammengefallenen Häuser erschlagen worden, teils sind sie im Hochwasser ertrunken. Die genaue Zahl der Opfer des Unwetters ist noch nicht bekannt. Auch die Inseln Ischia und Capri sind von der Gefahr befreit. Der Briefst von Neapel hat einen Dampfer zur Hilfeleistung nach Ischia geschickt.

Lissabon, 25. Okt. Die portugiesische Boikhaft beim päpstlichen Stuhl wurde in eine Geländschaft umgewandelt. **Köln, 25. Oktober.** Das Kabinett hat gestern in der Nationalversammlung abernals die Vertrauensfrage gestellte **Salonki, 25. Oktober.** Militär und Gendarmen verurteilten bei Kirichemo (Wlajet Monastik) eine bulgarische Bande, deren Mitglieder teilweise dem revolutionären Komitee in Sofia angehören. Mehrere Bulgaren wurden erschossen sowie vier Verwundete gefangen genommen. Die Gendarmen nahmen eine Anzahl verdächtige Dorbewohner fest. In einem zweiten Kampfe bei Debre wurden zwei Soldaten getötet und zwei verwundet, drei Komitaische wurden erschossen und zwei Verwundete festgenommen.

Port Arthur, 25. Okt. In Gegenwart der Spih-n der Behörden und chinesischer und europäischer Vertreter feierte die japanische Kolonie am Montag die Eröffnung des Handelsverkehrs für alle Nationen.

Wuden, 25. Okt. Der Provinzrat beschloß, die von der regierenden Dynastie geschaffenen Vorrechte der mandchurischen Truppen aufzuheben und die Mandchuren ebenso wie die übrige Bevölkerung Chinas zum Dienste in der reorganisierten Armee heranzuziehen.

Verantwortl. Redaktoren: D. Jacob in Bant. Verlag von Paul Hug in Bant. Rotationsdruck von Paul Hug & Co. in Bant.

Hierzu eine Beilage.

Ausstellung vom 25. bis 29. Oktober im Parkhaus zu Wilhelmshaven:

Das Einfamilienhaus

seine Architektur und seine Inneneinrichtung
unter Leitung der Bodengesellschaft Wilhelmshaven-Bant m. b. H.

Die Ausstellenden:

Bodengesellschaft Wilhelmshaven-Bant, m. b. H.,
Bant, Bremer Str. 57. Architekturen und Entwürfe.

Hans Beissel, Architekt, Wilhelmshaven, Wallstrasse 24.
Architekturen und Entwürfe zu Einfamilienhäusern.

J. Egberts, Grosses Geschäftshaus, Spezialmagazin für Haus- und Küchengeräte, Gokerstrasse 7.
Kompl. Küche, Waschküche und Badezimmer.

Gaswerke Wilhelmshaven und Bant, Schlossstrasse.
Moderne Beleuchtungskunst, Gasküche, Warmwasser-Versorgung, Gas-Badeeinrichtungen.

Heinrich Grewe, Wilhelmshaven, Roonstrasse 85.
Spezialgeschäft für Tafelporzellan etc.

Hanseatische Siemens-Schuckert-Werke, G. m. b. H.
Technisches Büro, Wilhelmshaven, Gokerstr. 10
Elektrische Beleuchtung, Heizung, Kochapparate, Entstäuber-pumpe etc.

Architekt Jelenek, Kiel, Holtener Strasse.
Garten-Architekturen.

A. Kickler, Wilhelmshaven, Roonstr. 53.
Kinderzimmer mit vollständiger Baby-Ausstattung. Eigene Anfertigung der Firma. Ausserdem in sämtlichen Ausstellungsziimmern: Wäsche-Ausstattung.

Carl Lohse's Nachf., Hornemann & Eissing, Buch- und Kunsthandlung, Wilhelmshaven, Roonstr.
Radierungen, Steinzeichnungen, Architektur- u. Kunstwerke.

Gustav Lübbers, Architekt, Bant, Wilhelmshavener Str. 1.
Entwürfe zu Einfamilienhäusern.

Heinrich Müller, Wilhelmshaven, Roonstrasse 94 a.
Juwelier und Goldwaren-Geschäft.

Luftheizungswerke Schwarzaupt, Spiecker & Co.,
G. m. b. H., Frankfurt a. M.
Entwurf zur Frischluft-Ventilations-Heizungs-Anlage.

Hermann Onnen, Wilhelmshaven, Gokerstrasse 15, Möbel-Fabrik — Innendekoration.
Speisezimmer, Wohnzimmer, Herrenzimmer, Diele und Möbel für den Wintergarten.

Gebr. Popken, Wilhelmshaven, Gokerstrasse 12, Spezialhaus für Innendekoration, Wilhelmshaven-Bremen.

Hermann Probst, Gärtner, Wilhelmshaven, Roonstrasse 74a.
Wintergarten und Tafeldekoration.

Heinr. Schacht, Töpfermeister, Wilhelmshaven.
Heizverkleidungen, Wand- und Fussboden-Platten, Bade-Einrichtungen, sanitäre Fayence- und Feurton-Waren.

R. Schellenberger, Architekt, Varel i. O.
Modelle und Entwürfe für Einfamilienhäuser.

Max Schmidt, Architekt, Wilhelmshaven, Roonstrasse 1.
Modelle und Entwürfe für Einfamilienhäuser.

Adolf Sieberns, Wilhelmshaven, Kieler Str. 61, Bant, Peterstrasse 43. Möbel- und Dekorationsgeschäft.
Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer und Küche.

E. Wittber, Wilhelmshaven, Königstrasse 5. Architektur und Baugeschäft.
Diellentreppe, Türen u. a. m.

Eintritt frei!

Eintritt frei!

Wilhelmtheater

Seemannshaus.
Direktion: **Otto Steinhert.**
Dienstag den 25. Okt.,
abends 8 1/4 Uhr:

Der Dieb

Ein Stück in 3 Akten
von Bernstein.
Mittwoch, 26. Oktober
abends 8 1/4 Uhr:

Der Graf v. Luxemburg
Letzte Aufführung!

Wandelmilch-Pflanzenbutter-
Margarine

Sanella.

D. R. P. 100922.
Zu haben bei
Carl Mund, Bant
Wilscherlichstrasse 16.

Burg Hohenzollern.

Gente Dienstag, 25. Okt.
abends 8 Uhr:

Die Fledermaus.

— Operette. —

Samariter-Kursus.

Der vom Gewerkschaftsrat ein-
gerichtete Kursus beginnt am
Mittwoch den 26. d. M.,
abends 7.30 Uhr,

in den Vier Jahreszeiten, Bant,
Büchsenstrasse.
Im Interesse der Sache ist es not-
wendig, daß die Delegierten voll-
ständig erscheinen.

Die Bauarbeiters-Kaufkommission.

**Verein für
Tierfsh. u. Geflüg-
zucht in Bant.**
Versammlung
am Mittwoch, 26. d. M. i. Vereinslokal
Der Vorstand.

Der Vorstand.

**Fabrikarbeiter-Verband
Delmenhorst.**
Sonnabend den 29. Oktbr.,
abends 8 1/4 Uhr

Versammlung

im Oldenburger Hof
(W. Stie).
Das Erscheinen aller Mitglieder
ist dringend erforderlich.
Der Vorstand.

Verband der Zimmerer.
(Zahlstelle Delmenhorst).

Sonnabend den 29. Oktbr.,
1 Stunde nach Feierabend:

Versammlung

beim Wirt Wehmeier.
Wegen wichtiger Tagesordnung ist
das Erscheinen aller Mitglieder Pflicht.
Der Vorstand.

Zweite Vorstellung des städtischen Theaterzyklus
in der „Burg Hohenzollern“
am Donnerstag den 27. Oktober cr., abends 8 Uhr.
— Ende gegen 10 1/4 Uhr. —

Bremer Stadttheater.

In der Inszenierung des Reininger Hoftheaters.

Was ihr wollt.

Lustspiel in 5 Akten von W. Shakespeare.

Visitenkarten fertigt an Paul Hug & Co.

:: Achtung ::  **Fischverkauf**

Billige Preise! Mittwoch früh beim Bahnhof in Varel großer
Treffisch-Verkauf direkt aus dem Kühlwaggon.
Schellfisch 15, 18, 25 Pf. | Karbonade 30 Pf.
Schollen 20, 25 Pf. | Rabiau, Seelachs 15 Pf.



Todes-Anzeige.

Am Montag den 24. d. Mts., mittags 2 Uhr, ent-
schlies sanft nach 14tägigem schwerem Leiden unsere gute,
innigstgeliebte Tochter, Schwester und Entelin

Anna

im fast vollendeten 17. Lebensjahre. Dieses zeigen in
tiefer Trauer an

D. Bruns u. Frau, geb. Becker
nebst Geschwistern, Großeltern u. alle Angehörigen.

Die Beerdigung findet am Donnerstag den 27. Oktbr.,
nachmittags 2 Uhr, vom St. Willehad-Hospital aus statt.

Kartellkommission.

Donnerstag, 27. Oktbr.,
abends 8 Uhr:

Anherordentliche Sitzung
bei Gahweland, Grenzstraße 38.
Der Vorstand.

Gesangverein Frohsinn.

Frauenchor.
Umständehalber findet die Gesang-
stunde des Frauenchors am Mitt-
woch den 26. d. M. statt.
Der Vorstand.

Für die anlässlich ihrer Ver-
mählung erwiesenen Aufmerk-
samkeiten danken herzlichst
Heppens, im Oktober 1910
Uhrmacher **J. Toben** und Frau
geb. Fabl.



Nachruf

Am 24. Oktober starb nach
langem, schwerem Leiden unser
treuer Freund und Kollege, der

Water

Tönnies Schütt

im Alter von 70 Jahren. Wir
werden dem Verstorbenen stets
ein ehrendes Andenken bewahren.

Das Personal der
Walerwerkstatt der Raff. West
Wilhelmshaven.

Die Beerdigung findet am
27. Oktober, nachm. 2 1/4 Uhr,
von Bappelstraße aus statt.

Die Vereinsversicherungsbank in Düsseldorf.

Eine neue Fessel für Arbeiter und Angestellte.

Uns wird geschrieben:
Die sich im gesamten Versicherungswesen immer mehr und mehr breitmachende Praxis, auch die unteren Bevölkerungsschichten für Pensions- und Lebensversicherungen zu interessieren, führte zunächst dazu, daß die „Victoria“ und die „Freiwillig-Weihem“ mit den sogenannten Volksversicherungen auf den Plan traten. Das rasche Aufblühen dieser Institutionen ließ nun eine andere Gruppe und zwar die Industrieförderung nicht ruhen, für ihre Arbeiter ebenfalls eine „Wohlfahrts-Einrichtung“ in Gestalt einer „Volksversicherung“ ins Leben zu rufen.

Im Jahre 1906 war davon zuerst die Rede, als sich im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ein Ausschuss für die Errichtung einer „Vereinsversicherungsbank für Deutschland“ bildete, der als Grundlage des Unternehmens eine Aktiengesellschaft empfahl. Die Zinseninhaber aller größeren Establishments Rheinland-Westfalens, als auch teilweise aus dem übrigen Deutschland fanden sich als Aktionäre in dieser Aktiengesellschaft zusammen. In dem Gesellschaftsvertrag heißt es, daß die Aktionäre für das von ihnen voll eingezahlte Bürgschaftskapital von drei Millionen Mark auf den Bezug einer Höchstdividende von 4 Prozent beschränkt bleiben. Der Ausschussrat bezieht keine besondere Vergütung für seine Tätigkeit, und von dem gesamten Gewinne des Unternehmens wird den mit Gewinnbeteiligung Versicherten vom Nettogewinn von vornherein 25 Prozent überwiesen.

Der Arbeiterzeitung wird die ganze Einrichtung dadurch schmackhaft zu machen versucht, indem man Vergleiche mit anderen Lebensversicherungen vornimmt. Hierbei wird festgestellt, daß nur durch die Reduzierung der außerordentlich hohen Verwaltungskosten eine Verbilligung zugunsten der Versicherten herbeigeführt werden kann. Auch die Rechte der Versicherten sollen im Gegensatz zu den Bestimmungen der Privatversicherungs-Gesellschaften um ein bedeutendes insofern erweitert werden, als ein Verfall der Versicherungs-polissen, ein Verzicht oder eine Nichterteilung der Versicherungsscheine gänzlich ausgeschlossen ist. Mit dieser Praxis der Privatversicherungen — die diesen, wie auch ganz richtig betont wird, recht ansehnliche Summen einbringt — will also der Verein für volkstümliche Volksversicherung brechen.

Nach einem Prospekt von der neuen Versicherungsgesellschaft muß dem Nichtkenner der Verhältnisse das neue Unternehmen als ein durchaus gemeinnütziges, mit logar etwas demokratischem Einschlag er scheinen. Daß dem jedoch nicht so ist, wird bei näherer Betrachtung ohne weiteres klar. Besonders wenn man sich vor Augen führt, welche Herren Mitglieder der Vereinsversicherungsbank sind, um daraus folgern zu können, aus welchen Erwägungen heraus man überhaupt zur Gründung eines solchen Unternehmens gekommen ist. Wir finden neben dem Präsidenten des katholischen Volksvereins Fabrikbesitzer Franz Brandt aus Wülfrath-Glabbe, die bekannten Schornmaier Stresemann, Thöns, Kirdorf und andere, die den Ausschussrat bilden. Und die Liste der Aktionäre weist solche Namen auf, die in der Arbeiterchaft eines guten Klanges anzusehen sind. Und dann heißt es im Prospekt: „Die Einziehung der Beiträge erfolgt in eigener Verwaltung des Vereins für volkstümliche Versicherung. Wie der Verein das

macht, bestimmt er selbst.“ In der Praxis sieht die Sache so aus. Der Unternehmer, der Mitglied des Vereins für volkstümliche Versicherung ist, zieht dem Arbeiter bei der Lohnzahlung den für die Versicherung fälligen Betrag ab und behält ihn dem Unternehmer, der Versicherungsbank in Düsseldorf. Der indirekte Druck auf den Arbeiter, sich zu versichern, ist mithin ohne weiteres gegeben. Ferner sollen nach dem Prospekt bei allen Fragen die Versicherten durch ihre Freunde beraten werden. Wer aber sind die? Die Mitglieder des genannten Vereins, die Arbeitgeber. Inwieweit von dieser Seite eine dem Arbeiter genehme Beratung erfolgt, kann sich jeder selbst denken. Dieser Auffassung über das ganze Unternehmen wurde schon in der Gründungszeit Ausdruck verliehen und zwar von Leuten, die sonst ähnlichen Einrichtungen sehr wohlwollend gegenüberstehen. So feinerzeit von der Frankfurter Zeitung, die da meinte, daß in der Durchführung der Pensionsversicherung auf dieser Grundlage eine neue Fessel für Angestellte und Arbeiter an die sie beschäftigenden Unternehmungen zu erhitzen sei. Ebenso mußte die Beteiligung so vieler Großindustrieller, von denen ein Teil durchaus nicht sozial gemut ist, Mißtrauen erwecken.

Und Dr. Heinz Rothloff schrieb:

Fast alle Verbände von Arbeitern und Angestellten haben sogenannte Versicherungs- oder Unterstützungskassen. Die Mitgliedschaft bei beiden ist vielfach unloslich verbunden. Erstens und Mitgliederzuwachs des Vereins hängt an den Löhnen. Wenn jetzt die Arbeitgeber zwangswise alle ihre Arbeitnehmer der Versicherungsbank zuführen, ihnen zwangswise einen erheblichen Anteil an den Prämien von Lohn und Gehalt kürzen, so rauben sie damit vielen die Möglichkeit, einer freien Organisation anzugehören, weil die Kosten doppelter Versicherung ihnen zu hoch sind . . .

Seine Schlussfolgerung ging dahin, daß es dringend notwendig erscheine, wenn alle Arbeitgeber, Sozialpolitiker und „Kapitalisten“, die eine freibeiwillige soziale Entwicklung erstreben, sich möglichst zahlreich und mit großen Beträgen an der Aktienzeichnung beteiligen. Ferner sei eine direkte Beteiligung der Organisationen der Angestellten und Arbeiter durch Aktienzeichnung erstrebenswert und eine angemessene Vertretung dieser selbst im Ausschussrat.

Diese Vorsetzungen liegen sich vor der offiziellen Gründung nehmen. Heute unterliegt es daher der Nachprüfung, wie sich nun in Wirklichkeit das Ganze gestaltet hat und welche Wirkung es auszuüben imstande war. — Die Zusammenlegung der Aktiengesellschaft ist ganz und gar in der Weise erfolgt, wie eingangs beabsichtigt war. Großindustrielle haben in „freimütiger“ Weise insgesamt drei Millionen Mark zum Gesellschaftskapital gepusht unter dem großmütigen Verzicht einer höheren Dividende als 4 Proz. Die von Heinz Rothloff beabsichtigte Propaganda, Vereine für die Versicherungsbank zu interessieren, ist als ins Wasser gefallen zu betrachten. Die uns vorliegende Zusammenstellung weist nur vier Vereine auf, und zwar den Deutschen Gruben- und Fabrikbeamtenverband, den Deutsch-nationalen Handlungsgeschäftsverband-Hamburg, den Deutschen Technikerverband und den Deutschen Wärmestromverband. Die vorgenannten Verbände sind hinlänglich bekannt, um ihre Verbindung mit dem Unternehmen erklärlich erscheinen zu lassen. Die Arbeiterchaft hat sich also, und das mit Recht, nicht beteiligt.

Sind somit irgend welche Vorbedingungen nicht gegeben, um eine wirkliche Volksversicherung durchzuführen, so wird bei dem großen Interesse, das sozialpolitische rückständige Großindustrielle an dieser „Wohlfahrts-Einrichtung“ zeigen, es auch den Fernsichenden erklärlich machen, daß diese Institution einzig und allein dem Unternehmertum als zweckmäßige Waffe gegen die Arbeiter dienen soll. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß man den Mitgliedern nach dem Ausschreiben aus ihrem Arbeitsverhältnis die Aufrechterhaltung ihrer Versicherungen garantiert. Schon die gesetzlichen Bestimmungen bedingen dies. Es wird nun einmal das Abhängigkeitsverhältnis der Arbeiterchaft vom Unternehmer nicht beseitigt, sondern um ein Wesentliches gesteigert. Und deshalb hat die Arbeiterchaft ein großes Interesse, diese Versicherungsanstalten auch noch jetzt als Fessel ihrer selbst aufzulassen und ihnen fernzubleiben. — Aber selbst an der Hand des Versicherungsmodus und den Aufwendungen für die Versicherten im Vergleich zu anderen Versicherungen ergibt sich kein günstiges Zahlenbild. — Die in der Vereinsversicherungsbank betriebenen Versicherungen beruhen auf dem Selbstparitätien, wie es jeder Arbeiter unter bedeutend besseren und vorteilhafteren Verhältnissen in den eigenen Instituten der Arbeiterchaft findet. Die rechtzeitige Anlage eines Sparguthabens bei einer Konsumgenossenschaft bringt dem Arbeiter denselben, bei günstigem Zinsfuß sogar noch höheren Gewinn, als es bei dieser Versicherung der Fall ist. — Der loeben erwähnte erste Geschäftsbericht bestätigt das von uns Angeführte zum größten Teil. Ueber den Umfang des Versicherungsumsatzes wird berichtet, daß bis Ende 1909 4820 Versicherungsscheine ausgegeben worden sind. Die Versicherungsablässe standen größtenteils im ursächlichen Zusammenhang mit Vereinbarungen, die mit Vereinen, Korporationen, Arbeitgebern u. getroffen waren. Von dem rechnungsmäßigen Gewinn von 43 950 Mk. wurden 10 987 Mk. an die Versicherten und 36 765 Mk. an die Aktionäre verteilt. Die Prämien-einnahmen betragen 50 182 Mk. bei 123 781 Mk. Verwaltungs- und 61 239 Mk. Organisationskosten. So hat sich nach dem Bericht des ersten Geschäftsjahres der Betrieb gestaltet. Entgegen den Versicherungen im Prospekt sind die Verwaltungskosten ins Ungemessene gestiegen. Keine Minderung der Unkosten, sondern eine enorme Steigerung kann konstatiert werden, wodurch die Versicherten nicht unerheblich belastet werden. Auch die Summe der Organisationskosten weist eine recht nette Höhe auf.

Dieses vorliegende Resultat bestätigt also, daß trotz der regen Propaganda und der weitgehenden Unterstützung durch die an dem Unternehmen am meisten Interessierten, die Unternehmer, keine allgütige Innenprüfung dieser „Volksversicherung“ durchgeführt wurde. Und das kann nur beklagt werden. Die Arbeiterchaft hat mithin erkannt, daß dieses Unternehmen selbst bei allen Beschäftigungsversuchen ein Annebelungsinstitut ist und auch bleiben wird. Möge auch die Zukunft daselbe Resultat zeitigen und die Arbeiter sich dieser Fessel erwehren, die ihnen durch die Versicherung geschmeibet werden soll, und die letzten Endes nur zu ihrer eigenen Befämpfung dienen wird.

Gewerkschaftliches.

Zum Bremer Straßenbahnerstreik. Die Aufsichtsbehörde der Bremer Straßenbahn bemüht sich, in der bürgerlichen Presse die öffentliche Meinung gegen die Streikenden

Kraft.

Roman von Fritz Rauthner.

(8. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Ein anderer Bericht war mit pikanten Anspielungen auf das gefällige Leben des Unglücklichen gewürzt. Mit willkürlichen Anfangsbuchstaben waren Damen der Tiergartenstraße erwähnt, die um den schönen und eleganten Jergen trauerten, und am Ende dieses gepfefferten Auffluges war ohne Anfangsbuchstaben erzählt, daß Jergen nicht weit von der Stelle, wo er seinen Tod gefunden, seine wahre Dergensdünigin besaß.

„Hier, wir sind nicht genau informiert, ob in Charlottenburg oder in Westend selbst, ob von einem jungen Mädchen oder von einer schönen reichen Witwe, wird um den zu früh Entschienen am tiefsten und in heiliger Stille getrauert werden. Im Dienste der öffentlichen Meinung wird freilich die fängste Großmacht, die Presse, nicht umhin können, manchen Mantel von den Dergensverrichtungen, des armen Jergen aufzuwickeln. Freund Jergen war, ohne sich jemals zum Frauenhänger zu erniedrigen, ein geistiger Doi! Jaan im edelsten Sinne des Worts. Journalist war er auch in der Liebe. Und wenn wir erfahren, daß er auf dem Wege zu einem Rendez-vous überfallen worden ist, so könnten wir wohl sagen, er sei in seinem Berufe gestorben, wenn die furchtbare Tragik des Falles eine solche Ausdrucksweise nicht verböte.“

Am Donnerstag Abend erschien an Tenius wie gewöhnlich bei Ossendorffs, um mit dem Major zwei Stunden „Sozialwissenschaft“ zu treiben. Ossendorff, der nicht aufgehört hatte, sich an den Arbeiten des Generalliebes zu beteiligen, bald als Giftstrahl im Aufzuge seiner ehemaligen Vorgesetzten, bald auf eigene Faust als theoretischer Schlachtenmüller, und der für den künftigen Weltkrieg phantastische Pläne entwarf wie nur ein Geistes, Ossendorff interessierte sich daneben lebhaft für alle Bestrebungen, welche die Unfälle und hygienischen Gefahren in der Industrie vermindern, oder die verunglückten Arbeiter entschädigen sollten. Von Tenius hatte sich den Rechtsbestand in solchen Fällen

zu einer Hauptaufgabe gemacht. Und so hatte er dem Major an jedem Donnerstag über neue Vorkommnisse und über die Tätigkeit der bezüglichen Vereine und Enqueten Wissenswertes zu erzählen. Marianne sah auch heute mit einer Handarbeit schweigen daneben, wenn die klugen Herren sprachen, und nicht nur freundlich, wenn ihr Mann ihr einen juristischen Ausbruch oder einen gefährlichen Maschinenbetrieb in seiner klaren Weise verständlich machte. Beim Eintreten war ihr von Tenius erstarrt erschienen als sonst. Dieser Eindruck verlor sich aber allmählich, und beim Abendbrot plauderten sie wie sonst. Nicht mehr von traurigen Dingen, sondern von Musik und von einem Kupferstück, den Ossendorff neu angeschafft hatte.

Als die Herren ihre Zigarren in Brand gesteckt hatten, kam auch hier das Gespräch auf den Nord von Westend. Ossendorff nahm die Sache nicht tragisch. Für den Toten wäre es doch gleich, ob ihn ein Blitz getroffen hätte oder die schwere Eisenkugel. Der Schlaf sei schön, wenn er nur tief sei. Einzelne, und ein narretischer Schlaf oder durch Sulfonal herbeigeführt. So ein Mörder spiele im Menschenleben häufig die Rolle des Sulfonals. Das Arzneymittel preise man, die Mörder verfluche man.

„Nebrigens war dieser Herr ein Lump. Ich weiß das zujählich. Er schüzte sich einmal bei mir ein, und bestach mich mit seiner wirklich ungenießlichen Suada. Er ging einige Zeit zwischen mir und dem Minister hin und her. Er belog uns Beide auf das unverschämteste. Ich habe ihm nachher mein Haus verboten, und er nahm das so ruhig lächelnd hin, wie ein „Auf Wiedersehen“. Ein ausgemachter Lump. Anna Maria, hoffentlich erinnerst du dich seiner nicht. Er hat die einmal lang und breit, na, eigentlich ganz interessant, seine Erlebnisse mit Markart erzählt und die dabei den Hof gemacht. Ich glaube, er hat die gar die Hand gefaßt. Ich wollte ihn schon damals hinauswerfen. Erinnerst du dich nicht?“

Marianne hatte unbedungen hingehört und nur pöhllich bemerkt, daß von Tenius sie aufmerksam beobachtet. Der liebe Herr war doch nicht eifersüchtig.

Um so rascher erwiderte sie:

„Ich erinnerte mich ganz gut. Es machte Anfangs

Eindruck auf mich, daß dieser Herr, mit dem du geschäftlich verkehrest, mit dem großen Meistern so intim war, aber er mischt mich doch sehr. Ich war froh, daß er nicht wieder kam. Ich habe ihn nie wieder gesehen.“

Ossendorff machte sich wieder einmal über den Stil der Zeitungen lustig.

„Es ist ein Jammer! Man sollte solche Berichte auch lieber von Wachsternern verfaßten lassen. Die können nicht schreiben, aber sie leben wenigstens richtig. Da habe ich über den Nord bei Westend schon viele Zeitungsblätter gelesen, und kann mir von der Geschichte immer noch kein Bild machen. Ich möchte darauf schwören, daß man bisher auf falliger Fährte ist. Dieser Herr sah auf hundert Schritte so aus, als ob er kein Geld bei sich hätte. Und unfer gekehrten Mörder schlagen um Nord und Stiefel keinen Tot. Das muß ganz anders liegen.“

Van Tenius sprach seine Übereinstimmung aus. Auch er habe allen Grund, den sogenannten Jergen für einen ausgemachten Lumpen zu halten, und interessierte sich als Jurist natürlich lebhaft für den rätselhaften Fall.

Dann sprach man wieder von anderen Dingen, bis der Rechtsanwalt gegen elf Uhr aufbrach. Ossendorff rief ihm noch nach, er solle Sonntag zum Essen ja nicht zu spät kommen. Die Erststante wäre da und Better Richard. Marianne begleitete ihn wie gewöhnlich anstatt des Hausherrn hinaus. Im Vorzimmer schaute sie ihn freudig an. „Sie sehen heute erstarrt aus als sonst“, fragte sie, nicht anders, als sie in Gegenwart ihres Mannes hätte fragen können.

„Sie mögen Recht haben, gnädige Frau, ich bin mit Ernstem beschäftigt.“

„Betrifft es mich?“ fragte Marianne leise. Sie führten innerhalb der Wände ihres Hauses fast niemals ein persönliches Gespräch.

Van Tenius blinnte sie ruhig an und erwiderte: „Nein.“ „Ich dachte schon, weil mein Mann von dem dummen Hofmannen sprach. Da!“ Sie reichte ihm lächelnd die rechte Hand entgegen. „Wie heißt es doch in dem französischen Stück? Efface! Wäh aus!“

Lächelnd ergriff von Tenius die Hand seiner Freundin

mobil zu machen. Sie erläßt eine spaltenlange Erklärung, in der sie die Öffentlichkeit darüber „aufklärt“, daß die Straßenbahnen „in rechtswidriger Weise und ohne völliger Außerachtlassung der Interessen der bremslichen Bevölkerung in den Streit getreten“ seien. Die Forderung auf Anerkennung der Organisation stellt sie als vom politischen Machtfaktor getragen hin. Nur der „parteilichen Agitation“ des Transportarbeiterverbandes, der die Lohnbewegung zu einer „politischen Machtsache“ tempele, sei es zuzuschreiben, daß die Arbeitgeber und das Publikum so sehr geschädigt wurden. Zum Schluss heißt es in der Erklärung:

„Wir sind stets bereit gewesen, mit unseren Angestellten über ihre Wünsche sachlich zu verhandeln, wir sind dazu auch heute und noch für wenige Tage bereit, obwohl unsere bisherigen Angestellten jedes Recht auf Verhandlung und Wiedereinstellung durch ihren Vertragsbruch verloren haben. Wir müssen es aber unter allen Umständen im Interesse der Aufrichterhaltung der für einen Straßenbahnbetrieb unerlässlichen Disziplin ablehnen, mit einem Verbands zu verhandeln, der außerhalb unseres Betriebes und unseres Verhältnisses zu unseren Angestellten liegende Ziele verfolgt und diese Disziplin gefährdet. Wir sind der Überzeugung, daß auch unsere staatliche Aufsichtsbehörde und die Mehrheit unserer Bevölkerung die Anerkennung des Deutschen Transportarbeiterverbandes als Vertreter unserer Angestellten nicht billigen könnte.“

Von diesem Herrn-im-Haule-Standpunkt wird auch die Bremer Straßenbahndirektion noch abkommen müssen.

Neue Differenzen auf der Werft C. Zelenborg N.-G. in Bremerhaven sind ausgebrochen. Allen Abmachungen zum Trotz übt die Betriebsleitung sich jetzt in Mißregelungen aus. Sie entließ Arbeiter „weil ihre Leistungen nicht genügten“. Daraufhin haben am Sonnabend 100 Mieter und Stemmer die Arbeit niedergelegt.

Streik in der Wäschereibetriebe in Wiefefeld. Freitag abend beschloßen die Wäschereibetreibenden mit 1559 gegen 15 Stimmen, am Sonnabend die Arbeit einzustellen. Sonnabend morgen erfolgte die Arbeitseinstellung in 16 Betrieben. Die Veranlassung zu dem Zustand ist die abnehmende Haltung der Unternehmer zu dem von den Arbeiterinnen eingereichten Lohnantrag. Im Jahre 1905 war es in der Wiefefeld Wäschereibetriebe zum ersten Male möglich, eine Aufbesserung der Löhne von 8 auf 12 Proz. und eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden durchzusetzen. Diese Erwerbsergebnisse konnten leider im Laufe der Zeit nicht gehalten werden, da die Organisation zurückging und auch die ungünstige Geschäftslage Lohnforderungen begünstigt. Nun ist die Geschäftslage besser und auch die Organisation ist wieder gestärkt. Den Unternehmern werden Forderungen eingereicht, die tägliche Arbeitszeit soll neun Stunden betragen, die Abfordrige sollen um 15 Proz. erhöht werden. Für Näherinnen, Wäscherinnen, Aufschneider und Hilfsarbeiter sind im einzelnen die Löhne festgelegt. Die Unternehmer verlangen Nebenzeit, um Vergleiche zwischen den in Berlin geltenden und den in Wiefefeld bestehenden Löhnen anzustellen. Ein solcher Vergleich ist deswegen schwer möglich, weil auch in Berlin Firmenanteile bestehen. In Wiefefeld bestand bisher kein Tarif. Die Verhandlungen mit den Unternehmern führten zu keiner Einigung, sodas Streik beschloßen wurde.

Wesentliche Ausperrung der Tabakarbeiter am Niederrhein. Bei der Tabak- und Zigarrenfabrik Wilhelm Mertens in Euse bestehen Lohnforderungen. Die Arbeiter verlangen 50 Pfg. bis 1.50 Mk. pro Mille Zulage und Lieferung besseren Materials. Die Firma lehnte die Forderungen ab; Verhandlungen mit ihr scheiterten. Die Firma besitzt auch Filialbetriebe in Goch und in Rieulert am Niederrhein. Dort reichen die Arbeiter ebenfalls die

Rückbildung ein. Am 22. d. M. liefen die Rückbildungen ab, sodas über 400 Tabakarbeiter im Streik stehen. Die Firma hat jetzt die Hilfe des niederheimischen Fabrikantenvereins in Anspruch genommen, der, wie verlautet, sich mit der Absicht einer allgemeinen Aussperrung der organisierten Tabakarbeiter am Niederrhein trägt. Es kämen dann 1500 Zigarrenarbeiter in Betracht. Die Arbeiter sehen dieser Anordnung mit Ruhe entgegen, sind sie doch zu 80 Proz. organisiert.

Der Gemeindeversteigerer als Streikposten. In der gegenwärtigen Zeit der Schorfmascherbe, die die Arbeiterbewegung unter ein Zuschlagsangebot stellen und die Streikposten als schwere Verdröcker behandelt sehen möchte, ist die folgende kleine Episode von besonderem Interesse: In dem kleinen aber industriereichen Dorfe Glasbach bei Wellebach im Schwarzwald befanden sich letzten Sommer die Holzarbeiter im Streik. Auch der Ortsversteigerer, der als solcher jährlich 140 Mk. als Entschädigung für seine Mühe erhält, streifte mit, und beteiligte sich auch, wenn er an die Reihe kam, mit am Streikpostentum. Dafür wurde er in ein hochnotpeinliches Verfahren verwickelt, das mit folgender Verfügung des schwarzburg-rudolstädter Landratsamtes seinen Abschluß fand:

An Herrn Schultheiß S. in Glasbach!

Unter Bezugnahme auf die am 27. Juni 1910 hier mit Ihnen gepflogene Verhandlung teile ich Ihnen mit, daß das fürstliche Ministerium mit Rücksicht auf die in Glasbach bestehenden eigenartigen Verhältnisse davon absteht, Sie wegen Ihrer Beteiligung am Streikpostentum Ihres Amtes als Gemeindevorstand zu entheben. Ihr Verhalten stellt sich aber als eine Ordnungswidrigkeit dar, durch die Sie die Ihnen als Schultheiß und insbesondere auch als Verwalter der Polizeigewalt obliegenden Pflichten so gravitätisch verletzt haben, daß es nicht ungeahndet bleiben kann. Sie werden deshalb hiermit auf Grund des Artikels 163 der Gemeindeverordnung vom 9. Juni 1876 in eine Ordnungsstrafe von 20 Mk. genommen, welche bei Vermeidung der zwangsweisen Verurteilung innerhalb 14 Tagen an die Sportelkasse des Landratsamtes zu zahlen ist.

Rudolfsger, den 29. September 1910.
Der fürstliche Landrat.
Dr. Anauß.

Die „Rücksicht auf die in Glasbach bestehenden eigenartigen Verhältnisse“ besteht darin, daß der Herr Landrat seinen anderen geeigneten Ortsvorsteher gefunden hat.

Sokales.

Bant, 25. Oktober.

Eine Lohnbewegung im Glaserwerke Hüttingen-Wilhelmschoven hat im Laufe dieses Sommers, ohne daß die Öffentlichkeit hiervon etwas gemerkt hat, stattgefunden. Unterm 3. Oktober wurde förmlich nachstehender Vertrag zwischen dem Zentralverband der Glaser und der Freien Vereinigung der selbständigen Glaser vereinbart:

Geltungsbereich. § 1. Der Vertrag gilt für alle Arbeitstätten an folgenden Orten: Wilhelmschoven-Hüttingen, die geschlossenen Orte Marienfeld, Schaar bis an die Dorfstrassestraße, Wilborn, Hüllesfeld und Hüllesfeld.
Arbeitszeit. § 2. Die tägliche Arbeitszeit beträgt vom 1. April bis 31. Oktober 9 1/2, vom 1. November bis 31. März 9 Stunden. Die Festsetzung von Beginn und Schluß der Arbeitszeit bleibt den einzelnen Betrieben überlassen. An den Vorarbeiten vor den drei hohen Festen ist eine Stunde früher Feierabend ohne Lohnabzug.
Arbeitslohn. § 3. Der Mindestlohn beträgt für Stellen bis zum 20. Lebensjahr 45, bis zum 23. Lebensjahr 50 und für ältere Gesellen 52 Pfg. Für Überstunden wird ein Zuschlag von 12, für Nacht- und Sonntagsarbeit ein solcher von 20 Pfennig pro Arbeitsstunde gezahlt.

Arbeiten außerhalb des Geltungsbereiches. § 4. Bei Arbeiten außerhalb des Geltungsbereiches dieses Vertrages ist das Verhalten zu richten. Wenn der Arbeiter das Mittagsbrot nicht zu Hause einnimmt, so ist ihm eine Entschädigung von 60 Pfg. falls er über Nacht bleiben muß, eine solche von 2 Mk. letzters

eine leere Sardinenbüchse vorgefunden. Endlich ist es dem recherchierenden Beamten gelungen, in einem Briefe ein altes, offenbar aus einem Diebstahl herrührendes Portemonnaie mit drei goldenen Zehnmarkstücken ausfindig zu machen. Man erwartet förmlich das Geständnis des Schuldigen.“
(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Die Frauenburg von Kopenhagen.

Aus Kopenhagen wird der Letzt. Ztg. berichtet: Die dänischen Frauen haben in den letzten Jahrzehnten eine hervorragende Stellung im sozialen und kulturellen Leben ihres Landes errungen. Vor 20 bis 30 Jahren stand die dänische Frau dort, wo sich ihre deutsche Schwester heute befindet: man fing an, mit ihr zu rechnen. Jetzt steht sie nicht weit vom Ziele: der vollkommenen sozialen und politischen Gleichberechtigung mit dem Manne. Freilich, mühsam genug hat sich die Dänin ihre heutige Position und ihren großen Einfluß errungen. Nur schrittweise ist sie vorwärts gekommen. Ein ekkantes Beispiel bildet der „Frauenverein“ in Kopenhagen. Dies ist die Organisation, worin sich in den letzten 40 Jahren die führenden Kräfte der dänischen Frauenbewegung zusammenfanden. Innerhalb dieses Vereins wurden die großen sozialen und politischen Fragen erörtert; dort trafen sich die geistig hervorragenden Vertreterinnen der Frauenfrage mit ihren zu Diskussionen eingeladenen männlichen Gegnern zu großen Redeschlachten, in die der Entwicklung der dänischen Frauenbewegung zu den wichtigsten Ereignissen gehören. Aber — kein Ding man an! So gering schätzte man vor 40 Jahren, als der „Frauenverein“ gegründet wurde, die intellektuelle Bedeutung „organisierter Frauen“ ein, daß die große und angefehene Kopenhagener Gelehrtenkammer „Athenäum“ sich weigerte, den Frauen ihre Bibliothek auch nur so lange zur Verfügung zu stellen, bis sie die erforderliche Anzahl Bücher

des Arbeitgebers pro Arbeitstag zu zahlen. Bei Arbeiten außerhalb der Werkstätte ist die vorgeschriebene Arbeitszeit genau einzuhalten.

Stellung von Streikposten. § 5. Streikposten aus diesem Vertrag sind durch eine Schlichtungskommission, bestehend aus zwei Arbeitgebern und zwei Arbeitnehmern innerhalb 24 Stunden zu wählen. Falls keine Einigung erzielt wird, tritt dieselbe Kommission unter Zustimmung eines Organisationsvertreters und des Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes Wilhelmschoven-Hüttingen als Berufungskommission zusammen. Die Entscheidung dieser Kommission ist endgültig. Die vertragstretenden Organisationen wählen ihre Kommissionsmitglieder selbst. Während des streikenden Verfahrens sind Streiks und Aussperrungen unzulässig.

Allgemeines. § 6. Überall dort, wo höhere Löhne als die im Vertrag vorgesehenen bezahlt werden, darf durch diesen Vertrag keine Betätigung des Lohnes einwirken.

Bei Unterzeichnung, die nicht Mitglied der Freien Vereinigung selbständiger Glaser in Wilhelmschoven-Hüttingen und daher an dem Abschluß dieses Vertrages nicht beteiligt sind, darf nicht unter den Tariflöhnen dieses Vertrages gearbeitet werden. Das Arbeitsverhältnis kann jederzeit am Schluß des Arbeitstages gelöst werden.

Sämtliches Handwerkzeug hat jeder Geselle sich selbst zu halten. In der Werkstätte muß für bestmögliche Sauberkeit und Schmutzordnungen, die Fensterbänke, Schutzhelme etc. Sorge getragen werden. Auch muß ein Kasten mit Verbandzeug vorhanden sein. Die gegenseitigen Arbeitsnachweise werden anerkannt.

Dauer des Vertrages. § 7. Dieser Vertrag gilt vom Tage der Unterzeichnung bis zum 30. September 1912. Drei Monate vor Ablauf desselben haben Verhandlungen zwecks Verlängerung oder Erneuerung zu beginnen. Eine Rückbildung dieses Vertrages findet nicht statt.

Steuerhebung. Die Hebung der Einkommen- und Vermögenssteuer, der Armen- und Gemeindefinanzen, der evangelischen Kirchensteuer und der Kanalisationsgebühren für das zweite Vierteljahr 1910/11 findet im hiesigen Rathaus, Zimmer Nr. 6, vormittags von 9—11 Uhr, statt. Am 26. Oktober haben zu zahlen an Zahlstelle I die Steuerpflichtigen, deren Name mit G beginnt und an Zahlstelle II die Steuerpflichtigen, deren Name mit S beginnt.

Wilhelmschoven, 25. Oktober.

Wilhelmtheater. Heute Abend findet die einmalige Vorstellung Der Dieb statt und zwar wird außer der weiblichen Hauptrolle (Marilise), welche Frau Dir. Strimert spielt, ein neu engagierter Held und Heldin, Herr Ernst Gallwitz, vom Residenztheater in Dresden als Richard Woplin zum ersten Male auftreten. Eine hübsche Ausstattung, namentlich im zweiten Akt, ist von der Direction neu beschafft worden. — Morgen findet die letzte Aufführung der Operette Der Graf von Luxemburg statt.

Sjerpens, 25. Oktober.

Eine kombinierte Versammlung der Arbeiter-Radfahrer-Vereine Hüttingens fand am Sonnabend in Tivoli statt. Dieselbe beschäftigte sich mit der Frage der Verschmelzung der Vereine „Frei auf“, Bant, „Vorwärts“, Sjerpens und „Nordstern“, Rungroden. Der Bezirksvorstand übernahm die Leitung der Versammlung und erörterte eingehend diese Frage. Die Diskussion ergab, daß die Verschmelzung eine Notwendigkeit geworden ist. Sämtliche Redner sprachen für einen baldigen Zusammenschluß, nur die Segner hielten sich in Schweigen, bis sie nach vielen Aufforderungen die Erklärung abgaben, daß die Mehrheit ihres Vereins („Vorwärts“, Sjerpens) gegen jede Verschmelzung sei, und daß sie bei Annahme eines solchen Beschlusses mit allen Kräften die Verschmelzung hinterreiben wollten. Diese Erklärung wurde aufs schärfste verurteilt; eine von allen Seiten verlangte Begründung blieb gänzlich aus. Schließlich wurde der Verschmelzungsantrag mit 29 gegen 7 Stimmen angenommen. Eine Kommission, bestehend aus fünf Mitgliedern, wurde gewählt, die sämtliche Vorarbeiten zu erledigen hat und in einer kombinierten Versammlung über ihre Tätigkeit zu berichten hat. Der Zusammenschluß soll zum 1. Januar erfolgen.

Soll etwas Ganzes geschaffen werden, so ist es Pflicht sämtlicher Mitglieder, die Indifferenten aufzuklären und ihnen die Vorteile dieser Verschmelzung vor Augen zu führen.

und drückte einen innigen Kuß auf die Stelle, die Egon Herr von Zepen einmal mit seinen Reichenlippen berührt hatte.

„Gute Nacht, gnädige Frau.“
„Gute Nacht, Gut?“
„Gut. Gute Nacht.“

Marianne hatte eine besondere Innigkeit in das Wörtchen „gut“ gelegt. Es war die verabredete Silbe, wenn sie einander in Gesellschaft etwas Liebes sagen wollten. Sie hatte das erlernt.

Am Freitag brachten die Morgenblätter eine überraschende Neuigkeit über den Mord von Westend. Den sichersten Bemühungen der Polizei sei es gelungen, den Mörder Zerpens zu entdecken, und der Unhold löhe schon hinter Schloß und Riegel. Kein anderer als der blinde Drehorgelspieler sei der gefährliche Verbrecher. Natürlich nicht er allein: aber auch sein Genosse sei man bereits hart auf der Spur. Der siebenundfünfzigjährige Friedrich Wilhelm Ihre habe sich am Tage des Mordes, am Montag, durch ungewöhnliche Aussagen verdächtig gemacht. Er habe den ganzen Montag gefeiert und am Dienstag Abend geäußert, daß er nur ungenau auf seinen Standort, wenige Schritte von der Nordseite, zurückkehre. Die alte Erfahrung, daß der Mörder sich selbst verrotten habe sich wieder glänzend bestätigt. Vor dem Kriminalkommissar habe Ihre seine Behauptungen aufgefunden und sie durch eine Scheu vor dem Bluturteil zu erklären gezwungen, die bei einem Mörder zum mindesten unmöglich sei.

Geradezu lächerlich ist sein Bemühen, die Herkunft des Geldes zu erklären, das man am Montag in seinem Besitz gefahren hat. Er habe an dem schönen Sonntag übermorgig Martz an Mittelstücken eingenommen, und dann habe man ihm kurz vor Peterabend das Wagen einen andern, zuerst aus einem vorüberfahrenden Wagen einen Thaler in seinen Hut geworden und bald darauf wieder an Martzstück. Eine Hausjuchung bei dem Glenden hat ergeben, daß Ihre ein liebedürftiges Wohlleben führt. Man hat in der Röhre für einen Thaler Ragerbet und sogar

zur Gründung einer eigenen Bibliothek selbst erworben hätten. Eine der Vorämpferinnen der Frauenvereine erklärte, nachdem der obididige Befehl der Männer bekannt geworden war: „Gut! Wir nehmen den Handkuß auf! Bevor ein halbes Jahrhundert vergangen ist, werden wir unsere eigene Burg haben, wo die Männer uns bitten müssen, hereingelassen zu werden!“ Die Worte gingen in Erfüllung. Jetzt, am 19. Oktober, — vierzig Jahre nach jener Ausrufung — wurde in Gegenwart von Ministern und Gelandten und offiziellen Vertretern der Stadt und der Presse die „Frauenburg von Kopenhagen“ eingeweiht. Das neue, stattliche Gebäude der Organisation dänischer Frauen, des Kopenhagener Frauenvereins. Das Gebäude ist im Burgstil erbaut, mitten im bestbesetzten Geschäftsviertel der inneren Stadt gelegen und kostet etwa eine Million Mark. Die Mittel haben die Frauen durch unermüdliche Sparen aufgebracht. Die Vereins- und Bibliothekssäle gehören zu den prächtigsten in Kopenhagen; die Bibliothek umfaßt 62 000 Bände. Das Gebäude ist fünfstöckig. Die beiden obersten Etagen dienen als Gaßzimmer für zuziehende Frauen aus dem In- und Auslande. Es sind in der „Burg“ auch Bureauaräume eingerichtet worden, wo sich Frauen in Rechtsangelegenheiten Rat holen können. Die Einweihung der „Frauenburg“ erfolgte unter großer Anteilnahme aller Frauen des Nordens. Schwedische und norwegische Frauenvereine hatten Vertreterinnen geschickt, die dänischen Frauen beglückwünschten. Allgemeine Begrüßung rief die Rede der 90jährigen Frau Jable hervor, einer derjenigen Damen, die vor 40 Jahren den Verein gründeten. Die alte Dame gab einen interpellanten Überblick über die Rämpfe, welche die dänischen Frauen haben führen müssen, bevor sie ihre „Burg“ besaßen. Sie erinnerte auch an die pekuniären Schwierigkeiten, die man durchzumachen gehabt habe; so habe sich z. B. in der ersten Vorstandsitzung vor 40 Jahren eine heftige Diskussion über die Anschaffung einer Petroleumlampe, die eine Akrone gekostet habe, entpinnen. Und jetzt wohne man in einer Burg, die eine Million wert sei!

damit sie auch zu der Ueberzeugung kommen, daß nur mit vereinten Kräften wirklich Gutes geschaffen werden kann. Die Arbeiter-Redaktion, die sich sportlich organisieren wollen, mögen sich mit den Vereinsvorständen in Verbindung setzen. Man trete aber nur solchen Vereinen bei, welche sich dem Arbeiter-Redaktioner-Bund „Solidarität“ angeschlossen haben. Diese Organisation zählt heute schon über 130000 Mitglieder und bietet für den geringen Beitrag bei Unfällen und Sterbefällen gute Unterstufungen. Näher hierüber von keiner sportlichen Organisation gebotenen Unterstufungen-einrichtung nach Rechtschaffenheit, sowie Grenzfragen, Wegearten etc. Hoffentlich wird sehr durch diese Verschmelzung der Arbeiter-Redaktioner-Vereine ein Zusammenschluß der Turn- und Gesangsvereine bald folgen.

Aus dem Lande.

Barel, 25. Oktober.

Achtung, Kartelldelegierte! Am Donnerstag abend 8 1/2 Uhr Kartellstimmung im Hof von Oldenburg. Da die Tagesordnung eine umfangreiche und wichtige ist, muß jeder Delegierte pünktlich zur Stelle sein.

Vorfall, Arbeiter. Der Verein der Arbeitgeber für Braue und Umgebung lüdt im Gemeinnützigen eine große Anzahl Arbeiter zum Entlassen von Schiffen. Von einem Arbeitermangel in Braue ist uns nichts bekannt geworden und ist daher dieses Geschäft des Arbeitgebervereins mit Vorsicht aufzunehmen. Vielleicht gibt der Transportarbeiter-Verein in Braue in den nächsten Tagen einen Situationsbericht, um eine überflüssige Anhäufung von Arbeitstätten zu vermeiden.

Theater in Barel. Am Freitag wird die Wilhelmtheater-Gesellschaft aus Wilhelmshaven im Waijadinger Hof ein zweites Gastspiel veranstalten. Zur Aufführung gelangt die Operette Der Graf von Luxemburg. Von den Theaterfreunden wird der Besuch der Gesellschaft jedenfalls mit Freuden begrüßt werden.

Wadhorn, 25. Oktober.

In der Erdwohnung des eingesperrten Einsiedlers wurde am Sonntag in der Erde vergraben noch eine Kiste entdeckt, die Kleidungsstücke, Briefe, Karten und ein zweites Gewehr enthielt. Der fonderbare Mensch scheint seine Höhle für längeren Aufenthalt eingerichtet zu haben.

Oldenburg, 25. Oktober.

Vom Staatshaushalt. Dem Landtag hat die Staatsregierung den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Herzogtums Oldenburg für das Jahr 1911 überreicht. Danach betragen die Schulden des Herzogtums zu Ende des Jahres 1910 73 291 383 M. Im Rechnungsergebnis des Jahres 1909 haben die ordentlichen Einnahmen 10 153 378 M. d. L. 110 872 M. mehr als der Vor-

anschlag, die außerordentlichen 12 379 107 M. d. L. 290 607 M. mehr als veranschlagt, betragen. Ueber das Ergebnis des Rechnungsjahres 1910 kann folgendes mitgeteilt werden: Nach dem fetsgestellten Voranschlage betragen: die Gesamteinnahmen 11 210 000 M., die Gesamtausgaben 10 955 525 M., sodas sich voranschlägt ein Ueberschuß ergibt von 254 475 M. Von diesem Ueberschuß ist abzurechnen eine Reihe nach Feststellung des Voranschlags vom Landtage bewilligte Ausgaben in Höhe von 293 647 M., sodas ein Reibetrag von 38 992 M. verbleibe. Dieser vermindert sich aber durch bereits feststehende Mehreinnahmen, die zu einem Ueberschuß von 562 423 M. führen. Der neue Voranschlag ergibt: an ordentlichen Einnahmen 10 562 000 M., an ordentlichen Ausgaben 10 340 000 M., Ueberschuß 222 000 M. An außerordentlichen Einnahmen 1 371 000 M., Reibetrag 135 000 M. Nach Abzug des Reibetrages vom Ueberschuß verbleibt ein Ueberschuß von 87 000 M.

Gandertseje, 25. Oktober.

Der Unterricht in der gewerblichen Fortbildungsschule beginnt am Mittwoch, den 26. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im kleinen Saale des Gasthofs „Zur Eiche“. Die in den Bauschäften Gandertseje, Schlutter, Holzcamp, Noeltheide I, Daevelst, Henglerholz, Zimmer, Bärtle, Bergedorf, Habbrügge, Boothorn, Röhlingen, Gruppenbüchen I und Almsloh sich aufhaltenden gewerblichen Gehilfen und Handwerkerlehrlinge, welche das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, werden aufgefordert, sich bis 24. Oktober bei Herrn Hauptlehrer Wefendreit, Gandertseje, zu melden.

Bremerschaden, 25. Oktober.

Bootsunglück. Am Sonntag nachmittag ist bei einer Segelpartie weiterabwärts querab von Wremen ein Boot mit fünf Insassen gekentert. Vier davon, unter ihnen ein Wirt nebst Tochter, sind ertrunken.

Interessanter Fischdampfer. Der hiesige Fischdampfer „Friedrich Voltz“ ist bei Island untergegangen. Die Besatzung konnte gerettet werden.

Rehe, 24. Oktober.

Ein fetter Konkurs. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Vereins Freizeithaus Nordholz-Deichsende ist nach der Bekanntmachung des Konkursgerichts Termin zur Beschlußfassung der Gläubiger über den Antrag des Verwalters auf Einstellung des Verfahrens gemäß § 204 Konkurs-Ordnung auf den 28. Oktober 1910, vormittags 11 Uhr, anberaumt. Nach der dem Gericht eingereichten Schlußrechnung beträgt die ganze zur Verteilung vorhandene Masse 622,25 M. Hieron sind zunächst die Massekosten, das sind die Gerichtskosten, die Ausgabe für die Verwaltung, Verwertung und Verteilung der Masse zu berücksichtigen. Sollte nach der Beendigung der Massekosten von

der Teilungsmasse noch etwas übrig bleiben, so wird auf die bevorrechtigten Forderungen, die mit 1012,92 M. festgesetzt sind, nur eine ganz geringe Summe entfallen. Die nachgläubiger, deren nicht bevorrechtigte Forderungen ins Betrage von 690 592,02 M. vom Verwalter anerkannt sind, geben vollständig leer aus. — Dazu bemerkt unser Bremerhavener Parteiblatt: So endet eine gut bürgerliche Wohlfahrts-Einrichtung, die allerdings nur bedingt war für Kinder „guttilluierter“ Eltern. Deshalb auch verurteilt die bürgerliche Presse vollständig. Sie, die bei jeder Gelegenheit den traurigen Mut besitzt, von „sozialistischer Miswirtschaft“ zu sprechen, findet angeichts der hier tatsächlich zu verzeichnenden Miswirtschaft auch nicht ein einziges Wort der Kritik.

Aus aller Welt.

Zum Tode verurteilt wurde Crippen wegen Ermordung seiner Gattin. Der Richter erklärte dem Verurteilten, daß er ihm keine Hoffnung auf Milderung der Strafe machen könne. Crippen erbat sich und erklärte, er sei unschuldig.

Veranunftungs-Kalender.

Mittwoch den 26. Oktober.

Röhringen-Wilhelmsbaven.

3. R. Guttemper-Loge Nordstrand. Abends 8 1/2 Uhr bei Roulin. Gabelsch. Stenogr.-Verein Bant. Abends 8 1/2 Uhr bei Wwe. Lohf. Donnerstag den 27. Oktober.

Barel.

Gemeinschaftsartell. Abends 8 1/2 Uhr im Hof von Oldenburg.

Schiffahrts-Nachrichten.

son 24. Oktober.

Telegramme des Norddeutschen Lloyd.

Gold. Bonn, von Brasilien, gestern von Porto abgegangen. Gold. Gesele, nach Brasilien, heute in Antwerpen angekommen. Gold. Ferlingier, von Ostindien, gestern in Wien angekommen. Gold. Königin Luise, nach Neapel, vorgestern von Palermo. Schnell. Kronpr. Cecilie, nach Rom, heute nach der Weier ab. Gold. Oldenburg, nach Kaplata, vorgestern von Vigo ab. Gold. Prinz Ludwig, nach Ostindien, heute von Antwerpen ab.

Godwasser.

Mittwoch, 26. Oktober: vormittags 6.36, nachmittags 7.26

Überall zu haben. **Echte Salem-Aleikum** 3 1/2 M. Cigaretten. Ein Hochgenuss!

Bekanntmachung.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 13. Oktober d. J. beschlossen, die Wilhelmshavener Straße von der Grenze der Stadt Wilhelmshaven bis zur Weststraße mit einem geschlossenen Plaster auf Betonunterlage zu versehen und alle Baukosten einseitig mit geschöpften Pfehlsteinen neu zu pflastern. In den Gesamtkosten nach Abzug der brauchbaren Materialien, unter Hinzurechnung der Kosten für Entfernung der jetzigen Eisenmasten und der Herstellung einer neuen Beleuchtungsanlage sollen die Anlieger mit 50 Prozent vorbelastet werden.

In der gleichen Sitzung beschloß der Gemeinderat, die gleiche Straßenstraße mit einer erheblich besseren Straßenbeleuchtung zu versehen. Zu den Mehrkosten dieser Beleuchtung gegenüber der jetzigen sollen die Anlieger mit 50 Proz. fortlaufend vorbelastet werden.

Nach Art. 48 der Gemeindeordnung sind zu diesen Beschlüssen die Beteiligten zu hören. Zu diesem Zweck ist auf

Donnerstag den 27. d. M., abends 8 Uhr,

im Rathhaus-Sitzungsalle eine Interessenten-Versammlung anberaumt, zu welcher die Interessenten hiermit geladen werden.

Bant, 24. Oktober 1910. Der Gemeindevorstand. Runde.

Gemeinde-Feuerwehr

Bant, Bezirk II. Donnerstag den 27. Oktober, abends 8 Uhr:

Übung beim Spritzenhanje. Der Brandmajor.

Hiesigen Käse

empfeht J. G. Laffens, Schaar und Bant, Peterstraße 42.

Verkauf.

Pferdehändler G. Frels zu Neumende läßt am **Donnerstag den 27. d. M.,** nachm. 2 Uhr auf, in und bei Joh. Follers Gastwirtschaft zu Neumende:

Ca. 20 Stück „starke“

Arbeits-Pferde

worunter Oldenburger, Dänen und Russen, sowie

40 bis 50 Stück große und kleine

Schweine

öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen. Neumende, den 22. Okt. 1910.

G. Gerdes, Auktionator.

Ein guterhalt. Kinderwagen und ein Kinderklappstuhl billig zu verkaufen. Heppens, Jodelsustr. 20, 3. Et.

Off. Versteigerung.

Wir sind beauftragt, die aus dem Nachlaß des verfl. Rentners J. F. Jansen übernommenen

Häuser

- als: 1. Wohnhaus nebst Stall und Hofraum, Lombehstraße 8, enthaltend vier Wohnungen;
- 2. Wohnhaus nebst Stallungen und Hofraum, Lombehstr. 10, enthaltend sechs Wohnungen unter sehr günstigen Bedingungen zum beliebigen Antritt zu verkaufen. Die Häuser sollen getrennt und auch zusammen zum Verkauf kommen. Sie eignen sich auch für Handwerker, Roblen- oder Fußgelaß. — Spülklosets können angelegt werden.
- 3. Verkaufstermin ist angelegt auf

Mittwoch, 26. Oktbr. d. J., abends 8 Uhr,

im Restaurant Lombehcher Hof, Ecke Schul- und Jodelsustr.

Kaufliebhaber werden mit dem Bemerken eingeladen, daß ein weiterer Termin nicht stattfinden, und der Zuschlag auf das Höchstgebot, wenn irgendmöglich, erteilt werden soll. Die näheren Bedingungen sind bei uns zu erfahren.

Gerdes & Kuck, Berl. Wölkstr. 37.

Nähmaschinen u. Fahrräder

repariert unter Garantie für Dauerhaftigkeit prompt und billig

Adolf Eden Großmechanikermeister, jetzt Bant, Wölkstr. 12. Eigene Emailier-Anstalt.

Parsil Waschmittel. Gibt blaue und weiße Wäsche, ist garantiert unbeschädlich und billig im Gebrauch. Henkel & Co., Düsseldorf auch Fabrikanten von **Henkel's Bleich-Soda**

Schweine-Verkauf.

Einswarden. Der Handelsmann Joh. Ahlers aus Emsenhamm läßt am

Freitag den 28. Oktbr. cr., nachm. 5 Uhr auf, bei Drees Gasthaus in Einswarden:

25 Stück große Futter- und Zuchtswine

öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen. Kaufliebhaber ladet ein

Wilh. Willms, Rednitzstr., Blexen.

Fortziehung d. Fischverkaufs

aus dem Kühlwaggon im Laden Luffenstraße. Hochfeiner Schellfisch. 15—20 Pf. Schollen 20 Pf.

Verkauf.

Viehändler W. Sternberg läßt **Freitag den 28. d. M.,** nachm. 2 Uhr auf, in und bei Joh. Willmers Gastwirtschaft zu Neumende:



15 bis 18 Stück teils hochtragende, teils frische

Rühe u. Rinder

mit halbjähriger Zahlungsfrist öffentlich meistbietend verkaufen. Das Vieh steht am Verkaufstage von vormittags 10 Uhr an zur Besichtigung am Verkaufsort.

Neumende, den 21. Oktober 1910. **G. Gerdes,** Auktionator.

Konsum- u. Sparverein

für Bant u. Umgegend. **Dienstag den 25. d. M.,** abends 7 1/2 Uhr:

Grosser Holzverkauf

Der Vorstand.

Mehrere neue Plüschsofas in verschied. Qualiten, kompl. Schlafzimmer-Einrichtungen verkaufe mit 11. Anzahlung und belieb. Abzahlung. Alle Möbel können in Zahlung gegeben werden. **B. Koch,** Bant, Peterstr. 24.

